Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 16 | Dezember 1976 | 0,70 DM / 5 ÖS

Für die politische Revolution zum Sturz aller Flügel der Bürokratie!

Bürokratischer Machtkampf in China

Während der „Kulturrevolution" Mitte der sechziger Jahre schrieb Djiang Tjing, die frühere Schauspielerin und Frau Maos und offizielle Leiterin der „proletarischen Kultur", eine Szene einer populären Oper um. In ihrer revidierten Version versichert der Held dem Publikum, daß er — obwohl er ohne einen Mantel in einen heftigen Schneesturm in einer bitterkalten Nacht marschiert, dennoch warmgehalten wird — durch die Gedanken Mao Tse-tungs. Vor einigen Wochen wurde die Autorin, gleichermaßen geschützt, durch einen turbulenten Sturm bürokratischen Kampfs nach Maos Tod hinweggefegt. Zusammen mit Djiang Tjing wurde praktisch die gesamte Führung, die mit der Periode der Kulturrevolution verbunden war, verhaftet.

Die Beschuldigungen gegen Djiang Tjing, die in passender Weise auf *dazibaos* (Wandzeitungen) vorgebracht wurden, nahmen schnell größere Ausmaße an. Ursprünglich wurde sie des Fraktionalismus und der Erfindung von Maos angeblichem Abschiedswort „Handelt nach den festgelegten Prinzipien" beschuldigt. Dem wurde die etwas erheiternde Anklage hinzugefügt, daß sie den Tod ihres großen Ehemannes dadurch beschleunigt hätte, indem sie ihn zu sehr ärgerte. Am 18. Oktober wurde ihr in einer Wandzeitung an der Pekinger Tjinghua-Universität vorgeworfen, bewußt eine gründliche ärztliche Behandlung des todkranken Mao verhindert und sich schließlich der Entscheidung, seinen Körper in einem Kristallsarg zu konservieren, widersetzt zu haben. Dies sind tatsächlich ernsthafte Anschuldigungen angesichts der quasireligiösen Verehrung „des Vorsitzenden". Ihre Gegner haben ihr den Titel der bösartigen „Kaiserwitwe" angehängt.

Außer Maos Witwe wurden folgende führende Köpfe der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) verhaftet: der stellvertretende Ministerpräsident Dschang Tschun-Tjiao („ein ‚Wurm\ der in die revolutionären Reihen eingedrungen ist"; ein „Chamäleon und Wolf in einer Person", dem



Über die Behandlung von Widersprüchen im Volk

es gelungen ist, „sich von den dreißiger Jahren bis heute zu tarnen"! *Peking Rundschau* Nr. 44 vom 2. November); Wang Hung-wen, der während der Kulturrevolution von völliger Unbekanntheit zum jüngsten Mitglied des Politischen Büros aufrückte (er ist jetzt 40); und Yao Wen-yüan, ein Initiator der Kulturrevolution und bis vor wenigen Wochen der Chefpropagandist des Regimes. Die „himmelschreienden Verbrechen der ‚Viererbande'" bestanden laut *Peking Rundschau* Nr. 44 in ihrem Versuch, „den proletarischen Charakter unserer Partei von Grund auf zu ändern, deren grundlegende Linie für die gesamte Geschichtsperiode des Sozialismus umzustoßen und den Kapitalismus in

China zu restaurieren", indem sie sich darauf spezialisierten, „Ränke zu schmieden und Intrigen zu spinnen, Taschenspielertricks zu vollführen und Gerüchte in Umlauf zu bringen"! Glaubt man der maostalinistischen „Theorie", dann ist die Geschichte der Menschheit nicht eine von Klassenkämpfen, sondern von Verschwörungen, und die Frage der Restauration des Kapitalismus ist nicht mehr eine Sache der gewaltsamen Konterrevolution, sondern nur noch der „revisionistischen Entartung der Partei". Das Ausmaß der Opposition gegen Djiang Tjing und ihre Verbündeten wurde auch an den Begriffen deutlich, mit denen Dschang, Wang und Yao in Schanghai, wo sie die obersten Parteiführer waren, denunziert wurden „Zerschmettert die Köpfe der vier Hunde" und „zerschmettert und erwürgt die Viererbande" (*New York Times*, 16. Oktober).

Radiosendungen posaunen wieder einmal den bekannten Ruf nach „größter Parteieinheit" in ganz China aus, , diesmal um Hua Guo-feng, der letzten Winter praktisch unbekannt war und der jetzt die Partei, die Regierung und die Armee führt. Andere Proklamationen warnen vor „jenen, die gegen die Instruktionen des Vorsitzenden Mao intrigieren". Aber es gibt keine Basis für Einheit ... und was sind überhaupt die „Instruktionen" des Vorsitzenden?

Trotz Huas beispielloser Postenanhäufung — heute kann kein Anwärter der Bürokratie unbestritten behaupten, Maos rätselhafte Zitate korrekt zu interpretieren. Es gibt keine einzige bonapartistische Figur mehr, die mit genügend Autorität die Balance zwischen den Cliquen und den Machtblöcken halten und den innerbürokratischen Konflikt, der periodisch ausgebrochen ist und nun mit nie dagewesener Kraft loszubrechen droht, verhindern könnte.

Die Fiktion: „Radikale“ contra „Gemäßigte"

Die westliche bürgerliche Presse erklärt die chinesische Politik in Begriffen wie „Radikale" (einschließlich Mao selber, Djiang Tjing, Wang Hung-wen) contra „Gemäßigte" (Tschou En-lai, Deng Hsiao-ping und nun Hua Guo-feng). Die Presse scheint jedoch nicht in der Lage zu sein herauszufinden, welche konkreten politischen Differenzen die

GIM und Maoismus: Kapitulation und Scheinorthodoxie

Das Vereinigte Sekretariat Ernest Mandels und seine deutsche Sektion, die Gruppe Internationale Marxisten (GIM), haben Ex-Maoisten nicht mehr als Nachtrabpolitik und eine um ein Vierteljahrhundert verspätete Verbalorthodoxie zu bieten. Anläßlich des Todes von Mao Tse-tung wärmte die GIM die alte pabloistische Mär vom „unbewußten Trotzkisten" Mao wieder auf (hierzu auch: „GIM-VS-Impressionen über den Maostalinismus — Der Maoismus: Eine progressive Alternative zum Sowjetstalinismus?" in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 12 vom Januar-Februar). In einem Nachruf schrieb die GIM in *was tun* (Nr. 124, 16. September), daß „mit ihm ... die bedeutendste Persönlichkeit der Weltrevolution seit Lenin (!) und Trotzki (!), den herausragenden Führern des Oktober, abgetreten" sei. „Wer diese historische Bedeutung - auch der Person Mao Tse-tungs — für die Sache der Weltrevolution unterschlägt oder leugnet, ... der verurteilt sich selbst als Marxist und Revolutionär. In diesem Sinne drückt die GIM den Arbeitern und Bauern Chinas ihre Anteilnahme an dem Tod Maos aus".

Die chinesischen Arbeiter und Bauern werden die Anteilnahme der GIM zu schätzen wissen — sie werden unter der Führung einer trotzkistischen Partei *alle* Flügel der Bürokratie, einschließlich dieser „einzigartigen Schöpfung der Chinesischen Revolution" (*Inprekorr* Nr. 64, 30. Juli), die „linkszentristische" (ebenda) Mao-Tendenz, durch eine politische Revolution stürzen.

Die GIM begründet ihre — mit „solidarischer Kritik" verbundenen — Lobeshymnen auf Mao Tse-tung und seine Anhänger damit, daß Mao „die erste bedeutende Bresche in die stalinistische Hegemonie über die traditionelle Arbeiterbewegung gebrochen" hätte (was *tun* N{. 124). Mit anderen Worten, der Maoismus ist „progressiver" als der Sowjetstalinismus — Stalinismus ist in den Augen der Pabloisten eh' nur vorstellbar als direkte Unterordnung unter die Interessen des Kremls. Die Bankrotterklärungen der GIM und des Vereinigten Sekretariats werden sich für sie genausowenig bezahlt machen, wie der neuerliche Anflug von Scheinorthodoxie in der *was tun,* wo auf einmal der Ruf nach Freiheit für die in den Gründungsjahren der VR China eingekerkerten chinesischen Trotzkisten laut wird. Besonders zynisch ist die Bemerkung der GIM: „In den seither verstrichenen Jahrzehnten hat es die Zensur verhindert, daß irgendwelche Nachrichten über sie die Außenwelt erreichten" (*was tun* Nr. 131, 4. April). Ein Appell der chinesischen Trotzkisten für internationale Solidarität gegen ihre Unterdrückung, unter großer Gefahr 1953 aus China herausgeschmuggelt, wurde von dem Internationalen Sekretariat der Vierten Internationale unter Mandel, Frank Und Pablo (d. h. der Vorläuferorganisation des „Vereinigten" Sekretariats) unterdrückt. Die chinesischen Trotzkisten wurden von dem Internationalen Sekretariat als „Flüchtlinge vor der Revolution" gebrandmarkt (siehe „Revolutionäre in Chinas Gefängnissen", *KK* Nr. 8, April 1975). Das Blut dieser Genossen klebt damit auch an den Händen der Führung des Vereinigten Sekretariats, die wegen ihrer Nachtrabpolitik die chinesische Führung 25 Jahre lang beschönigten und die Appelle trotzkistischer Kämpfer verschwiegen. Die gelegentliche Erwähnung der Notwendigkeit der politischen Revolution in China in der letzten Zeit kommt gleichfalls um zwei Jahrzehnte zu spät und schließt keine Abrechnung mit ihrer eigenen verräterischen Politik in der vorhergehenden Periode ein.

Es ist einfach nicht mehr so populär wie einst, Maoist zu sein und den Maoismus hochzujubeln. Symptomatisch in diesem Zusammenhang war der Ruf nach „KHG in die Spree" (Kommunistische Hochschulgruppe, Studentenorganisation des Bezirksverbandes Westberlin des KBW) an der Berliner Universität. Von daher rührt die scheinbare Wandlung der GIM zu orthodox-trotzkistischen Positionen in bezug auf die VR China. Subjektiv-revolutionäre Ex-Maoisten, die sich der GIM zuwenden, werden bald feststellen können, daß es sich bei dieser Organisation um nichts anderes als um eine weitere Barriere im Klassenkampf handelt, die politisch zerstört werden muß.

„Radikalen" von den „Gemäßigten" trennen. Das *Wall Street Journal* (13. Oktober) schreibt z. B., daß die Säuberung von „Chinas linken Führern ... zu engeren Beziehungen zum Westen fuhren kann". In einer diametral entgegengesetzten Interpretation spekuliert die Londoner *Times* (17. Oktober): „Es wird vermutlich mehr chinesische Rhetorik gegen ‚Imperialismus', etwas geringere Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion geben ... Die Schwierigkeit, genau herauszufinden, was die „Radikalen" und „Gemäßigten" bekämpfen, rührt von der Tatsache her, daß es keine fundamentalen Differenzen zwischen ihnen gibt.

Aber es gibt eine Geschichte des Konflikts. Um die Säuberung von Djiang Tjing und dem „Schanghai-Zirkel" verstehen zu können, ist es notwendig, fast zwei Jahrzehnte zum „Großen Sprung nach vorn" zurückzugehen. Durch Betreiben dieser abenteuerlichen Politik in den fünfziger Jahren brachte Mao China nahe an den Rand des Verhungerns und zu einem ökonomischen Zusammenbruch, wie es ihn in der Geschichte der sino- sowjetischen Staaten noch nicht gegeben hatte. Als Ergebnis verlor Mao viel von seiner Autorität innerhalb der Bürokratie und wurde durch eine von Liu Schao-tschi und Deng Hsiao-ping geführte Gruppe in den Hintergrund gedrängt. Die Liu-Deng-Gruppe wiederum verfolgte eine bucharinistische Wirtschaftspolitik, indem sie den Privatinteressen der Bauern Zugeständnisse machte und die Industrie im Schneckentempo entwickelte.

Mao versuchte, durch eine Allianz mit Marschall Lin Biaos Armee und die Mobilisierung der studentischen und bäuerlichen Jugend (die Roten Garden) auf der Basis egalitärer antibürokratischer Demagogie seine Autorität wiederzugewinnen und seine konservativen bürokratischen Gegner kaltzustellen. Dies war die „Große Proletarische Kulturrevolution". Wenn sie gelungen wäre, hätte Mao zweifellos eine weitere ökonomische Gewaltmarschkampagne, ähnlich dem Großen Sprung, in Gang gesetzt.

Die bedrohten Bürokraten waren jedoch in der Lage, ihre eigenen Kräfte, oft Fabrikarbeiter (wie im Fall der Schanghai-Streiks von 1966), für sich zu mobilisieren, um den Roten Garden etwas entgegenzusetzen. Von dieser Zeit rührt der allgemeine Eindruck einer Kluft zwischen „radikaler" Massenmobilisierungs-, oder besser: Mystifikationspolitik und einer „gemäßigten" Orientierung auf moderne Technologie und materielle Anreize her. Während Differenzen existierten, spiegelten sie im wesentlichen die unterschiedliche Klientschaft wider (Maos Rückhalt in der Bauernarmee, Lius Verbindung mit der Industrie und der Staatsbürokratie) und waren vom Standpunkt der proletarischen Klasseninteressen nicht qualitativ.

Aber obwohl dieser Kampf sich in politischen Differenzen niederschlug, gab es keine stabilen Fraktionsprogramme. Tschous Programm bestand darin, in jedem Kampf auf der Seite der Sieger zu stehen, und nach 1967 konnte Mao seine Rolle nur durch ein schamloses Manövrieren zwischen den verschiedenen Machtblöcken aufrechterhalten. In den frühen siebziger Jahren wurden die meisten der während der Kulturrevolution aus ihren Ämtern gesäuberten früheren „Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg" wiedereingesetzt, während Maos prominente Verbündete (wie etwa Lin Biao und Tschen Bo-da) kaltgestellt wurden.

Die Stärke der bürokratisch-konservativen antimaoistischen Kräfte kann man an der wechselreichen Karriere von Deng Hsiao-ping ablesen. Während der Kulturrevolution als der „Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg Nr. 2" gesäubert, tauchte er 1973 als stellvertretender Ministerpräsident und Tschou En-lais selbstterwählter Nachfolger wieder auf. Nach Tschous Tod, als seine Anhängern auf dem Pekinger Tien An Men Platz rebellierten, wurde er nochmals seiner Funktionen enthoben, jedoch nicht verhaftet und sogar nicht einmal aus der Partei ausgestoßen. Jetzt, wo seine Feinde tot sind oder sich im Gefängnis befinden, ist Deng laut Berichten wieder nach Peking zurückgekehrt. Zweifellos werden wir noch mehr von Deng Hsiao-ping hören.

Djiang Tjing, Wang Hung-wen und die anderen überlebenden Führer, die während der Kulturrevolution zur Macht kamen, waren im wesentlichen eine *Clique.* Ihre Macht beruhte auf ihrer persönlichen Loyalität zu Mao und nicht auf irgendeinem spezifischen Programm. Die cliquistische Natur des Konflikts von „Radikalen" contra „Gemäßigte" wird durch Dengs beleidigenden Spitznamen für Wang Hung-wen enthüllt: er nannte Wang „den Hubschrauber" und meinte damit, daß letzterer die Höhen der Macht nur aufgrund Maos Gunst erklommen hätte, ohne persönliche Führungskapazitäten unter Beweis gestellt zu haben. Mit Maos Abgang war die Djiang-Clique jedoch erheblich geschwächt, ihre größte potentielle Machtbasis war die Armee, die sich jedoch offensichtlich dafür entschied, mit Hua zu gehen.

Wenn die „Radikalen" im wesentlichen aus der Djiang Tjing-Clique bestanden, dann sind die „Gemäßigten" überhaupt keine definierbare Gruppe. Der Begriff „gemäßigt" wird in der bürgerlichen Presse als eine alles einschließende Kategorie für alle jene benutzt, die nicht „radikal" sind. Zu den „Gemäßigten" zählten immer Tschou En-lai, der Mao in der Kulturrevolution unterstützt hat, und Deng Hsiao-ping, der zu ihren Hauptopfern gehörte. Hua wird als ein „Gemäßigter" bezeichnet, obwohl er zuerst als ein loyaler Maounterstützer auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution in das Zentralkomitee kam und laut Berichten von niemandem anderen als Djiang Tjing selbst zum amtierenden Ministerpräsidenten (um Deng zu ersetzen) nominiert wurde. Jetzt, selbst nachdem die Djiang Tjing-Clique beseitigt worden ist, werden alle wichtigen politischen Konflikte, die im Rahmen des chinesischen Stalinismus seit drei Jahrzehnten ausgetragen wurden, innerhalb des Nach-Mao-Regimes wieder auftreten.

Für die politische Revolution des Proletariats in China

Hua, Djiang Tjing und alle um die Macht in China kämpfenden rivalisierenden Bürokraten behaupten natürlich, das lebendige Erbe des Maoismus zu repräsentieren (das ist ein Grund, warum die Frage, wer Maos Schriften aus der Zeit

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 1 Berlin 15

Anschrift:
1 Berlin 120, Postlagerkarte A 051 429

nach 1949 herausgibt, d. h. zensiert, von beträchtlicher politischer Bedeutung ist). Insofern, als der Maoismus einen dem chinesischen Nationalismus angepaßten Stalinismus (bürokratische Herrschaft basierend auf vergesellschafteten Eigentumsformen) repräsentiert, sind solche Ansprüche legitim. In diesem Sinne unterscheiden sich Maos Erben von ihren russischen stalinistischen Vorläufern, die *fälschlicherweise behaupteten,* Lenins Arbeit fortzusetzen.

Die Kontinuität von Maos grundsätzlicher Politik wird deutlich angesichts der Tatsache, daß alle wichtigen politischen Führer die Allianz mit dem US-Imperialismus gegen den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat aus vollem Herzen unterstützten-. Die *New York Times* (13. Oktober) versteht dies, wenn sie die chinesische Bürokratie in einem Leitartikel versteckt auffordert, sich mit dem Pentagon gegen die „russische Bedrohung" zu vereinigen:

„... Chinas Freunde im Ausland können nur hoffen, daß der Machtkampf, der jetzt im Gange ist, nicht größere Schwächen hervorruft, die Moskau für seine eigenen Zwecke ausbeuten kann." Was angesichts des gegenwärtigen gewaltsamen Machtkampfes in Peking notwendig ist, ist ein Programm, daß die arbeitenden Massen gegen alle Sektoren der Bürokratie des chinesischen deformierten Arbeiterstaates vereinigt, ein Programm basierend auf proletarischer Herrschaft durch Sowjetdemokratie und einer internationalistischen Ausweitung der Revolution. Ein Schlüsselelement in solch einem kommunistischen Programm ist die Verteidigung von China ebenso wie der Sowjetunion gegen die imperialistischen Mächte. Wie unsere amerikanischen Genossen von der Spartacist League in diesem Sommer schrieben:

„Somit ist die Bühne vorbereitet für gewaltige Unruhen nach dem Tod des Vorsitzenden (wenn nicht vorher). In diesem politischen Aufruhr dürfen die Arbeiter nicht einfach als Werkzeug der einen oder der anderen Fraktion oder Clique handeln. Es ist ihre Aufgabe, die parasitären Bürokraten, die der politischen Macht der Arbeiterklasse, der demokratischen Herrschaft der Räte, im Weg stehen, zu stürzen. Mit dem Ziel der Führung dieser antibürokratischen politischen Revolution muß eine chinesische trotzkistische Partei aufgebaut werden" *(Workers Vanguard* Nr. 120, 30. Juli).

Die deutschen Maoisten: Devot und verwirrt

Die Säuberung Djiang Tjings und der „Schanghaier Radikalen" hat bei einigen maoistischen Organisationen einen Schock ausgelöst. Die KPD/ML folgt offensichtlich dem albanischen Vorbild und hüllt sich in beredtes Schweigen oder gibt versteckte Hinweise auf ihre Unterstützung für die „Viererbande". Der *Rote Morgen* Nr. 43 (23. Oktober) veröffentlicht Fotos von Djiang Tjing und Wang Hung-wen, Lobhudeleien auf den „antirevisionistischen Kampf Djiangs und Wangs und bietet unter der Überschrift „Wichtige aktuelle Schriften" Pamphlete von Yao Wen-yüan und Dschang Tschun-tjiao feil. Sein erster Kommentar: „Wie schon Genosse Ernst Aust in seiner Gedenkrede zum Tode des Genossen Mao Tse-tungs sagte, ist es »sicher, daß gewisse Kräfte, Konterrevolutionäre, Revisionisten und Renegaten, aus ihren Löchern hervorkriechen werden, daß sie unter Berufung auf die Lehre Mao Tse-tungs versuchen werden, wie sie es schon mit den Lehren von Marx und Engels taten, diese ihres revolutionären Inhalts zu berauben.' Dies ist schneller geschehen, als wir dachten." In der nächsten Ausgabe läßt der *Rote Morgen* (Nr. 44, 30. Oktober) verlauten, daß der „größte lebende Marxist-Leninist" der „Genosse Enver Hoxha" ist — also nicht Hua Guo-feng, wie die chinesischen Stalinisten erklären. Aber Albanien ist ein extrem armes Land, das auf chinesische Unterstützung angewiesen ist (bis Ende *1966* betrug die Verschuldung Albaniens an China 200 Millionen US-Dollar; F. Fejtö, *A History Of The People's Democracies).* Wenn Aust und die KPD/ML sich von diesem bankrotten Balkan-Mini-Staat eine „unabhängige" Haltung erhoffen, irren sie sich mächtig.

Der Kommunistische Bund (KB) nimmt den Cliquenkampf in China zum Anlaß, von einem „Rechtsputsch in China" zu phantasieren, „dessen historische Bedeutung dem verhängnisvollen 20. Parteitag der KPdSU (1956) zumindest gleichkommt" *{Arbeiterkampf* Nr. 91, 18. Oktober). Der „Putsch der Hua-Gruppe" bedeute einen „qualitativen Sprung". Einen qualitativen Sprung wozu? Zur Restauration des Kapitalismus? Der KB gibt keine klare Antwort, genauso wie er sich vor einer definitiven Bestimmung des Klassencharakters der Sowjetunion drückt. Beim KB ist, wie stets, Konfusion Trumpf. Die „Rechtsputsch"-Analyse fuhrt ihn freilich nicht zur vorbehaltlosen Unterstützung der „linken" Schanghai-Gruppe. Unbefleckt ist für ihn nur der große Vorsitzende und die von ihm initiierte angebliche „Kulturrevolution". Auch er scheint das Mao- Diktum zu teilen, nach dem „der Machtantritt des Revisionismus den Machtantritt der Bourgeoisie" bedeutet: Die Konterrevolution geht lautlos, ohne den aktiven Widerstand der Massen, vor sich. Der KB verharrt in der maostalinistischen „Methodologie". Diese Organisation kann mit ihrer notorischen Programmlosigkeit auf die brennenden Fragen des Weltproletariats keine Antwort — wie z. B. Kampf für die *politische* Revolution in den deformierten Arbeiterstaaten (wie China) und dem degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion bei gleichzeitiger militärischer Verteidigung gegenüber dem Imperialismus — geben.

Zehn Ausgaben von WORKERS VANGUARD mit Analysen zur politischen Entwicklung des deformierten Arbeiterstaates China und zur maoistischen Ökonomie können zum Sonderpreis von 5,– DM über die Redaktionsanschrift bezogen werden.

KPD und KBW begnügen sich mit kriecherischen Grußadressen an das Pekinger Regime:

„Wir sind sicher: Die Kommunistische Partei Chinas wird unter Ihrer (Huas — d. Red.) Führung das Banner des proletarischen Internationalismus hochhalten" (*Rote Fahne* Nr. 43, 27. Oktober).

„... die Kommunistische Partei Chinas (wird) unter Führung ihres Zentralkomitees, mit Ihnen, Genosse Hua Guo-feng, an der Spitze, die chinesische Arbeiterklasse und das chinesische Volk zu weiteren Siegen führen und den Marxisten-Leninisten wie bisher ein großes Beispiel sein" (*Kommunistische Volkszeitung* Nr. 44, *4.* November).

Düstere Zukunft des Maoismus

Das Wachstum des Maoismus im Westen war eng verbunden mit der Unterstützung der Kulturrevolution. Die aus der Neuen Linken entstandenen Maoisten sahen in den Roten Garden

Werden sie nun oder werden sie nicht?

Das VS am Abgrund

Seit der ersten Veröffentlichung dieses Artikels (in Workers Vanguard *Nr. 126, 24. September) hat die politische Situation im „Vereinigten" Sekretariat offensichtlich noch skurrilere Züge angenommen. Das VS hat einen noch ehrgeizigeren gegenseitigen Nichtangriffspakt ausgearbeitet, der nunmehr nicht nur die bitter verfeindeten Fraktionen des VS, sondern auch die lambertistische Organisation Communiste Internationaliste (OCI) umfassen soll*

Da die Fraktionen des VS in Fragen wie Portugal und Angola politisch sowieso auf verschiedenen Seiten der Barrikade standen, ist es für Hansen, Mandel, Frank etc. vermutlich kaum von Belang, wenn man den existierenden Widersprüchen noch einen weiteren hinzufügt. Die delikate Frage taucht auf ob die GIM ebenfalls eine solche Annäherung an die Internationale Arbeiterkorrespondenz *(IAK), das deutsche Anhängsel der OCI, anstrebt. Die Antwort darauf überlassen wir der GIM. Die Unterschiede zwischen der GIM und der IAK (die im Wahlkampf die Position „Jede Stimme bedingungslos der SPD" vertrat und die alte SPD-Forderung der „demokratischen" Konterrevolution „Freie Wahlen in ganz Deutschland" - ohne jede Erwähnung von Sowjets - hervorkramte) sind allerdings keinesfalls qualitativ größer als die Differenzen, die ohnehin schon zwischen der zentristischen Internationalen Mehrheitstendenz (Mandel, Maitan, Frank) und der Leninistisch-Trotzkistischen Fraktion (unter der Führung der reformistischen SWP) bestehen.*

Für subjektiv-revolutionäre Militante in diesem verrotteten Block kann es nur eine Schlußfolgerung geben: Bruch mit allen Flügeln des „Vereinigten" Sekretariats. *Zu diesem Schluß sind kürzlich drei führende Mitglieder der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) in Rouen gekommen. Nach einem politischen Kampf in der LCR, in dem sie die Kapitulation der LCR vor der „Union de la Gauche ihre liquidatorischen Gelüste gegenüber der sogenannten „breiten Avantgarde" und die praktische Preisgabe des trotzkistischen Übergangsprogramms denunzierten, schreiben diese Genossen in ihrer Austrittserklärung vom 2. Oktober:*

> *„Was uns angeht, so sind wir überzeugt, daß die einzige Organisation, die für ein authentisch-trotzkistisches Programm und für eine internationale demokratisch-zentralistische Organisation kämpft, die internationale Spartacist Tendenz ist. Wir treten aus der LCR in Solidarität mit der iST und ihrer französischen sympathisierenden Sektion, der Ligue Trotskyste de France" /*'Workers Vanguard *Nr. 131, 29. Oktober).*

Während das „Vereinigte" Sekretariat (VS) die Vorbereitungen für seinen Elften Weltkongreß beginnt, werden die Feindseligkeiten zwischen seinen Bestandteilen immer bitterer, und der Qualm in den Hinterzimmern wird immer dichter. Vorschläge, gespaltene Sektionen wieder zu vereinigen, halten an; gleichzeitig zeugen neue Spaltungen von der Unfähigkeit der einander entgegengesetzten Tendenzen, friedlich in einem Land koexistieren zu können. Bizarre organisatorische Provokationen und verrottete Kompromisse wechseln einander ab, während in bestimmten Sektionen nationalbegrenzte fraktionelle Polarisierungen verschiedenster Art ins Kraut schießen. Opportunistische Gelüste auf sich gegenseitig ausschließende „Umgruppierungen" mit Kräften außerhalb des VS geraten

---

eine ihnen ähnliche Bewegung, die eine sich festgesetzte technokratische Bürokratie im Namen des Volkes und des „Vertrauens auf die eigene Kraft" bekämpfte. Für die Neue Linke repräsentierte China eine andere Möglichkeit, den „Sozialismus in einem Lande" zu praktizieren. Im Gegensatz zu Breschnews Rußland erschien Maos China egalitär und antibürokratisch.

Die Einkerkerung der chinesischen Führer, die durch die Kulturrevolution zur Macht kamen, sollte zumindest einige Maoisten zum Nachdenken darüber bringen, aus welchem primären Grund sie überhaupt Maoisten geworden sind. Im begrifflichen Rahmen des Stalinismus fuhren beide möglichen Antworten auf die Nachfolgekrise in China in eine Sackgasse. Die Antwort des KB läuft daraufhinaus, die Säuberung von Djiang Tjing und dem „Schanghai-Zirkel" sowie die Machtübernahme durch Hua Guo-feng als eine Konterrevolution gegen den Maoismus und deshalb China nicht mehr als sozialistisch anzusehen. Wenn er nicht zerfällt, blüht dem KB eine ähnliche „Perspektive" wie der ex-maoistischen Progressive Labor Party in den USA: eine eklektische national begrenzte stalinoide Sekte ohne große Anziehungskraft zu werden.

Für diejenigen Maoisten (z. B. der KPD und des KBW), die die Beschuldigungen gegen die Djiang Tjing-Clique akzeptieren und Hua als den rechtmäßigen Nachfolger des Vorsitzenden preisen, ist die Zukunft ähnlich trüb. Maos Krone ruht nicht sehr fest auf Huas Kopf. Die Quelle für Huas gegenwärtige Stärke liegt in seiner Bedeutungslosigkeit vor und während der Kulturrevolution — er schuf sich keine verbitterten, mächtigen Gegner. Aber alle Faktoren, die die chinesische Bürokratie seit zwei Jahrzehnten aufgewühlt haben — Großmachtstreben angesichts extremer materieller Rückständigkeit, die Forderungen der Arbeiter und Bauern — werden jetzt größten Einfluß auf Huas ungefestigtes Regime haben.

Die Säuberung der Djiang Tjing-Clique ist kein Zeichen der Konsolidierung eines neuen stabilen Regimes, sie ist nur ein Indiz für den Beginn einer Zeit voller Schwierigkeiten für die chinesische Bürokratie. Die pekingtreuen Anhänger Hua Guo-fengs von heute werden morgen einen neuen Führer feiern. Und nur zynische, wertlose Stiefellecker werden immer wieder behaupten, daß die „großen revolutionären Führer" von gestern die „Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg" von heute sind.

Nach: Workers Vanguard *Nr. ISO, 22. Oktober*

miteinander unausgesetzt in Konflikt und treiben diesen internationalen verrotteten Block immer weiter auseinander.

Der Zehnte Weltkongreß des VS (Februar 1974) endete mit einem Pakt zwischen zwei Hauptblöcken von ungefähr gleicher Größe. Die ihre Führungsposition verteidigende zentristische Gruppierung setzte sich hauptsächlich aus den Europäern zusammen (Èrnest Mandel, Pierre Frank, Livio Maitan), welche in der Spaltungsperiode 1950-1953, in der die Vierte Internationale organisatorisch zerstört wurde, Michel Pablos Sekundanten gewesen waren. Die reformistische Minderheit basierte auf der amerikanischen Socialist Workers Party (SWP) und der argentinischen Partido Socialista de los Trabajadores (PST). Zahlreiche nationale Sektionen hatten sich bereits in die Anhänger dieser beiden Machtblöcke gespalten, und das Ergebnis des Zehnten Kongresses war ein organisatorischer Kuhhandel, die am seidenen Faden hängende „Einheit" des VS zu bewahren.

Die vorrevolutionäre Situation in Portugal seit Mai 1974 konfrontierte diese brüchigen VS-Blöcke mit einem platten Widerspruch konträrer politischer Gelüste. Die Internationale Mehrheitstendenz (IMT) mit ihrer europäischen Basis lief schamlos den „fortschrittlichen" Militärs und den Stalinisten hinterher, während die von der SWP dominierte Leninistisch-Trotzkistische Fraktion (LTF) sich den vom CIA finanzierten Sozialisten eines Mario Soares als der Bewegung der Zukunft in die Arme warf. Hätten starke VS-Gruppen im Sommer 1975 in Portugal existiert, so hätten sie sich bei Anlehnung an die Linie ihrer internationalen ideologischen Führer buchstäblich auf den entgegengesetzten Seiten der Barrikaden wiedergefunden.

Beide Seiten begriffen offensichtlich, daß selbst ihre grenzenlose Neigung zu organisatorischem Kuhhandel dem VS allenfalls eine äußerst begrenzte Lebenserwartung garantieren könne, während ein offener Machtkampf die Stabilität der jeweiligen Blöcke untergraben würde. Aus dieser realistischen Einschätzung folgte eine Reihe von Manövern einschließlich byzantinischer Machenschaften hinsichtlich Finanzen und fraktioneller Repräsentierung. Bald nach dem Zehnten Kongreß brachte die IMT eine halbfraktionelle öffentliche Zeitschrift, *Inprecor* (deutsche Ausgabe *Inprekorr)* heraus, dies als Gegenmaßnahme zu der Veröffentlichung von Fraktionsdokumenten der SWP und deren internationaler Anhänger in *Intercontinental Press.*

Was noch wichtiger ist: beide Seiten entschlossen sich offensichtlich, sich nicht durch diplomatische Erwägungen daran hindern zu lassen, die Expansion ihrer jeweiligen Blöcke durch Annäherungsversuche gegenüber Kräften außerhalb des VS zu betreiben. Die SWP prunkte mit ihrer wachsenden Geistesverwandtschaft zur französischen Organisation Communiste Internationaliste (OCI), während die IMT-Größe Mandel die Bereitschaft bekundete, „Etiketten" (wie das der „Vierten Internationale") abzulegen, falls sie sich als hinderlich erweisen sollten.

Daß die Spaltung eine vollendete Tatsache und nur nominell noch nicht vollzogen ist, zeigte sich auf dem Nationalkongreß der SWP im August, wo das Schauspiel wechselseitiger Provokationen geradezu lächerliche Ausmaße annahm. Auch in diesem Jahr hatte die SWP wieder selbstgefällig die Fassade des „demokratischen Zentralismus" à la VS mißachtet und die OCI (sowie diesmal auch Lutte Ouvrière) zur Teilnahme eingeladen. Die Führung der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) reagierte auf diesen Affront mit der Ankündigung eines Boykotts der Tagung und drohte jedem LCR-Mitglied schreckliche Folgen an, der unter Mißachtung des Boykotts doch teilnehmen würde. Uneingeweihte Beobachter müssen beim Anblick französischer Genossen verdutzt gewesen sein, die die lange Reise nach Oberlin, Ohio, anscheinend nur zu dem Zweck unternommen hatten, um dort mit „fliegenden Untertassen" zu spielen oder auf dem Rasen in der Sonne zu liegen!

Über Zeitpunkt und Vorwände eines offenen Bruchs dagegen kann man nur spekulieren; zu einem guten Teil hängen sie davon ab, wie nahe voraussichtliche Umgruppierungen mit Kräften außerhalb des VS bevorstehen. Letztendlich werden die Lockungen neuer Vernunftehen unwiderstehlich werden, aber es gibt auch Gründe, die formale Trennung zu verschieben. Die Bestandteile, aus denen sich die beiden hauptsächlichen Machtblöcke zusammensetzen, sind selber merklich unstabil, und die Feindschaft zum gemeinsamen Gegner hat keine geringe Rolle gespielt, um sie zusammenzuhalten.

Ein wichtiges Indiz für die mangelnde Einheit in der IMT ist die wuchernde Fraktionierung innerhalb wichtiger Sektionen. In der britischen IMG gab es zum Zeitpunkt ihres letzten Kongresses im Mai nicht weniger als fünf Tendenzen. Nachdem kürzlich die vorbereitende Diskussionsperiode für den kommenden LCR-Kongreß eröffnet worden ist, gibt es zur Zeit bereits drei erklärte Tendenzen, während die „Mehrheit" (die noch keine Tendenz gebildet hat) selbst wiederum in drei größere Gruppierungen gespalten ist.

Die LTF hat die Grenze bloßer Uneinigkeit angesichts der nach allen Seiten hin geführten Kampagne der argentinischen PST zur Isolierung ihres früheren Verbündeten, der SWP, bereits überschritten. In der mexikanischen Sektion führten die von der PST gestützten Kräfte letztes Jahr eine spektakuläre Säuberung im Stalinschen Stil gegen die Anhänger der SWP durch, um ungehindert ihre Politik verfolgen zu können, die in Arschkriecherei gegenüber der stalinistischen KP Mexikos bestand. Prompt trat dann die der PST nahestehende Gruppe einem volksfrontähnlichen Gebilde bei, dessen politische Basis die ausdrückliche Berufung auf die „friedliche Koexistenz" einschloß. Im Zuge der politischen Annäherung der PST an die IMT anhand solcher Fragen wie Portugal und Angola ist jetzt auch eine Fusion zwischen der PST- und der IMT-Gruppe in Mexiko in *Inprekorr* angekündigt worden.

Auch in Portugal wird um eine Fusion der beiden entsprechenden Organisationen geschachert, obwohl die PRT (pro-PST; sie vertrat die Losung für eine Soares-Regierung) die rechteste der dortigen drei VS-Gruppen ist, während die äußerst unstabile LCI (pro-IMT) gelegentlich Positionen einnimmt, die leicht links von ihren internationalen Gönnern angesiedelt sind. Nach dem Debakel bei dem dilettantisch vorbereiteten Versuch, zu den portugiesischen Präsidentschaftswahlen im Juni 1976 gemeinsam mit der PRT eine eigene Kandidatin aufzustellen, erklärte die LCI zuerst ihre kritische Unterstützung für die Stalinisten, um schließlich am Vortage der Wahlen anzukündigen, sie könne keinen Kandidaten unterstützen. Für die politische Konfusion, die in den die Mehrheit unterstützenden Sektionen des VS herrscht, ist es bezeichnend, daß in der Renommier-Sektion der IMT, der LCR, drei unterschiedliche Linien zu den portugiesischen Wahlen auftraten, die schließliche Position der portugiesischen Gruppe jedoch *keiner* von diesen entsprach.

Die parasitäre kleinbürgerliche Guerilla-Begeisterung der Europäer, die zuerst der Anlaß war, die ultrarespektable SWP in Opposition zu treiben, ist inzwischen weitgehend durch eine andere Konzeption ersetzt, von der man hofft, daß sie den Weg zu „herrlichen Zeiten" abkürzt: zentristische

Dachorganisationen der sogenannten „breiten Avantgarde", in denen die IMT die alte pabloistische Strategie des „Entrismus sui generis" praktizieren kann. Die politische Basis solcher „Umgruppierungen" ist das diese Organisationen erfüllende zentristische Gelüst, als Schwanz von Volksfronten der Zukunft fungieren zu können.

In den dreißiger Jahren, als sich das Niveau des Klassenkampfes intensivierte und Stalin die ultralinke Politik der „Dritten Periode" zugunsten der Volksfrontpolitik aufgab, gingen viele, die sich für Anhänger Trotzkis hielten, ebenfalls nach rechts. Ihre Kapitulation nahm viele Formen an: vom zeitweiligen Gebrauch der Losung: „Für eine kämpfende Volksfront" durch die französischen Trotzkisten zum langfristigen Block der vietnamesischen Trotzkisten mit den Stalinisten, der die Herausgabe einer gemeinsamen Zeitung einschloß. Das unrühmlichste Beispiel war jedoch die Fusion von Nins Kommunistischer Linken mit Maurins Arbeiter- und Bauernblock zur POUM. Trotzkis scharfe Angriffe gegen diese zentristische Umgruppierung bewiesen endgültig ihre Berechtigung, als die POUM 1936 in die bürgerliche Volksfrontregierung in Katalonien eintrat.

In jüngster Zeit haben scharfe Ausbrüche proletarischen Kampfeswillens zu erneuten Versuchen der Bourgeoisie und der Stalinisten geführt, die Arbeiter durch neue Volksfronten im Zaum zu halten: die Allende-Regierung in Chile, die Reihe portugiesischer Militärregierungen seit April 1974, die französische Union de la Gauche, der „historische Kompromiß“

Herzliche Grüße von Pablo...

„Sous le Drapeau du Socialisme"
Zeitschrift der Internationalen Revolutionär-Marxistischen Tendenz

Paris, den 11. Februar 1976

Lieber Genosse Ernest!

Wir bestätigen schriftlich für Euren Gebrauch die wichtigsten Punkte, die wir Euch in Brüssel dargelegt haben.

Ausgehend von unserer Einschätzung der gegenwärtigen Konjunktur in Europa haben wir die Notwendigkeit betont, rechtzeitig vereinigte revolutionär-marxistische Organisationen aufzubauen, die eine ernstzunehmende Massenbasis haben und mit einem Übergangsprogramm bewaffnet sind, welches auch in bezug auf die traditionellen sozialistischen und kommunistischen Massenorganisationen korrekt ist. Diese Aufgabe ist in Ländern wie Portugal, Spanien, Italien, Frankreich und Griechenland besonders dringend. Wir haben unsere Einschätzung der europäischen Situation hervorgehoben - von der wir annehmen, daß Ihr sie teilt - wo sich zum ersten Mal seit langer Zeit reale Möglichkeiten für revolutionäre Perspektiven herausbilden, die zum Sieg der sozialistischen Revolution führen könnten. Wir erwähnten den Fall Frankreichs, wo es einerseits gegenwärtig die PSU und andererseits die LCR gibt, die mit der Aufforderung nach offenen Diskussionen an die PSU herangetreten ist mit der Aussicht auf eine mögliche Vereinigung — eine Perspektive, die wir unterstützen.

Wir sehen jedoch diese mögliche Vereinigung im Rahmen einer neuer Organisation, die nicht von Anfang an Teil irgendeiner internationalen Formation ist, die aber Tendenzen zulassen würde, welche die Idee unterstützen, zu gegebener Zeit der einen oder anderen internationalen Organisation beizutreten. Dieser Punkt ist, so scheint es uns, wesentlich, um tatsächlich den Weg sowohl für Diskussionen über die Vereinigung als auch für die Vereinigung selbst zu bereiten. Realistisch betrachtet wird es uns nicht kurzfristig gelingen, eine Organisation aufzubauen, die in ihrem gesamten Programm revolutionär-marxistisch ist. Was vielmehr möglich ist, sind Organisationen, die sich schnell auf ein solches Programm hinentwickeln — besonders im Rahmen einer objektiven Situation, die für eine solche Entwicklung günstig ist.

Wir glauben, daß die Bedingungen einer langfristigen Krise besonders des europäischen Kapitalismus eine solche Perspektive begünstigen. Deshalb bestanden wir darauf, daß prinzipielle Fragen organisatorischer Natur, die die Diskussion und Vereinigung verhindern würden, nicht erhoben werden, wenn unser gemeinsames Ziel weiterhin in der rechtzeitigen Schaffung solider Organisationen vom erwähnten Typ besteht.

Wenn wir die revolutionären Perspektiven in Europa sowie die portugiesische Erfahrung ernst nehmen, die — vom Stand der Vorbereitung der revolutionären Linken her betrachtet — schrecklich war, dürfen wir keine Zeit verlieren, die Chancen für eine solche Umgruppierung in mehreren europäischen Ländern, zuerst in Frankreich, zu nutzen.

Wir haben auch unser allgemeineres Interesse für die Entwicklung der Vierten Internationale, aus der wir 1965 so leichtfertig ausgeschlossen wurden und daran, wie sich die Krise innerhalb ihrer Reihen entwickelt, betont.

Wir haben hervorgehoben, daß wir in wichtigen Fragen der Einschätzung von Situationen und Taktik der Tendenz, die als „europäische" bekannt ist, näher stehen, aber wir beabsichtigen keineswegs, Eure internen Differenzen auszunutzen — in der Hoffnung, daß die Vierte Internationale als Ganzes zu richtigen Positionen kommen wird. Wir wiederholen: unser Herantreten an Euch in dieser Periode wird von der Dringlichkeit der objektiven Situation in Europa bedingt.

Wir sind, wie wir hinzugefügt haben, als Internationale Tendenz bereit, gemeinsam mit Euch jede Form praktischer Zusammenarbeit - wie begrenzt auch immer — zu prüfen, neben weiter verfolgten und vertieften Diskussionen in bezug auf die Schaffung revolutionär-marxistischer Organisationen mit ernsthafter Massenbasis überall zwischen ideologisch sich annähernden Kräften und ohne Vorbedingungen aus „Prinzip".

Wir hoffen, daß der Kontakt, der in Brüssel erstmals aufgenommen wurde, fortgesetzt wird, auch wenn er sich zur Zeit nur auf der Ebene gemeinsamer praktischer Arbeit bewegt wie z. B. die Kampagne, die wir über das Komitee der Russell-Stiftung zur Befreiung der portugiesischen Gefangenen durchführen, die Unterstützung für Angola und

der italienischen Stalinisten. Die Frage der Volksfrontpolitik ist wieder, wie Trotzki dies vor ca. 40 Jahren formulierte, zur Trennungslinie zwischen Bolschewismus und Menschewismus geworden.

Die Logik des Klassenkampfes ist unbarmherzig. Die Weigerung des VS im Jahre 1970, die Allende-Koalition als bürgerlich zu charakterisieren, signalisiert den „Appetit" auf Teilnahme an Volksfrontformationen (und liegt seiner fortgesetzten Unfähigkeit zugrunde, eine Bilanz der chilenischen Ereignisse zu ziehen). Im Sommer 1975 gab die von der MFA abgesegnete Gründung der portugiesischen FUR dem VS die Möglichkeit, in diesem Spiel mitzumischen. In ihrer freudigen Begrüßung dieses Blocks zwischen den Gruppen der „äußersten Linken" und dem linken Flügel des Offizierskorps ging die LCI (IMT- Sektion) soweit, das Programm der FUR zu unterstützen, das der bürgerlichen MFA politisches Vertrauen aussprach (kapitalistische „Austerität", militärische Kontrolle über die Organe der „Volksmacht" usw.).

Als die italienischen Wahlen im letzten Juni anstanden, erreichten Livio Maitans Gruppo Communisti Rivoluzionari (GCR) es mit Hängen und Würgen, auf die Wahlliste der Democrazia Proletaria (DP) zu kommen. Die französische LCR engagierte sich in einer monströs unkritischen Kampagne für die DP-Liste und pries sie als Modell für den richtigen Weg, „sektiererische Traditionen zu überwinden" *(Rouge,* 19. Juni). Die IMT unterhält familiär-herzliche Beziehungen zu den „kritischen Maoisten" von Lotta Continua, die sie in ziemlich der gleichen Art hochjubelt, in der sie sich bei der chilenischen MIR anzubiedern pflegte. So folgte sie Maitan bei seiner Übernahme der von den Zentristen aufgestellten Losung einer „Regierung der Linken", einer Formulierung, die bewußt eine eventuelle bürgerliche Beteiligung offen läßt. Alain Krivine schloß die Teilnahme an einer solchen Regierung in einem exponierten Interview (*Politique Hebdo,* 10. Juni) nicht aus.

Die GCR zielen auf höheres als einen Wahlblock und sehnen sich danach, das DP-Konglomerat in eine neue „revolutionäre" Organisation zu verwandeln. Die GCR haben aufgerufen, die DP als eine permanent arbeitende Organisation fortzusetzen, um dort „das Grundgefüge vor Problemen einer revolutionären Strategie in entwickelten kapitalistischen Ländern" debattieren zu können (*Bandiera Rossa,* 5. Juli).

Seit 25 Jahren stellt Maitan einen Vorposten pabloistischer Kapitulation dar, doch Alain Krivine und seine LCR stehen ihm kaum nach. Der Kongreß der LCR vom Dezember 1974 stellte erstmals eine Fusionsperspektive mit der linkssozialdemokratischen Parti Socialiste Unifié (PSU) auf, um eine „gemeinsame revolutionäre Organisation, die auf einer Praxis basiert, welche jeden sektiererischen Geist hinter sich läßt", zu bilden *{Rouge,* 27. Dezember 1974). Eine ähnliche Geisteshaltung verrät in jüngerer Zeit Mandels Angebot, jeden Bezug auf den Trotzkismus „binnen 24 Stunden" abzulegen, um empfindliche Linksreformisten versöhnlich zu stimmen.

Die LCR-Führung hat jetzt die Aufstellung gemeinsamer Listen mit der PSU für die Lokal wählen 1977 zu ihrer vordringlichen praktischen Aufgabe gemacht, um so die Weichen für die Parlamentswahlen 1978 zu stellen. Jüngste Umfragen zeigen, daß die Union de la Gauche die Mehrheit erringen würde, falls heute allgemeine Wahlen abgehalten würden. Entsprechend beruht der LCR/PSU-Pakt auf der Wahl der Union zumindest in der zweiten Runde. Als am 12. September in Avignon eine örtliche Nachwahl anstand, „ergriff die LCR die Initiative, mit der PSU die Möglichkeiten zur Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten zu diskutieren". Ein Wahlblock heute, eine gemeinsame Organisation morgen: das sind die Hoffnungen der LCR, welche das Übereinkommen von Avignon einen „Test" nannte, der „nationale Bedeutung annimmt" *{Rouge,* 31. August).

Es ist putzig, doch letztlich nur folgerichtig, wenn die VS-Revisionisten, die jahrelang mit lautem Geschrei den Vorwurf des „Pabloismus" als ein unsinniges Etikett zurückwiesen (schließlich hätten sie und Pablo sich doch 1965 getrennt), jetzt in Verhandlungen mit Pablo stehen, der Grauen Eminenz des linken Flügels der PSU und Verkörperung jener Schichten, mit denen das VS eine Umgruppierung durchzuführen versucht: Wenn Mandel seine Nase über „Etiketten" rümpft, so wiederholt das nur Pablos Streichung solcher „Etiketten" vor ca. vier Jahren und entspricht der Stimmung einiger Elemente innerhalb der LCR, daß eine Bezugnahme auf den Leninismus zu „autoritär" oder „sektiererisch" sei!

Ein Brief Pablos an Mandel vom 17. Februar bezieht sich auf ein Treffen, wo die beiden eine „Einschätzung der europäischen Situation" teilten. Pablo hebt hervor, daß „die LCR ... mit der Aufforderung nach offenen Diskussionen an die PSU herangetreten ist mit der Aussicht auf eine mögliche Vereinigung, eine Perspektive, die wir unterstützen." Aber er warnt:

„Wir sehen jedoch diese mögliche Vereinigung im Rahmen einer neuen Organisation, die nicht von Anfang an Teil irgendeiner internationalen Formation ist, die aber Tendenzen zulassen würde, welche die Idee unterstützen, zu gegebener Zeit der einen oder der anderen internationalen Organisation beizutreten." Wenige Monate später verkündete Mandel zuvorkommend seine Bereitschaft, das „Etikett" der „Vierten Internationale" fallenzulassen.

Es gibt keinen trotzkistischen Pol im VS. Die Polemiken der SWP gegen die Volksfrontpolitik der IMT und ihrer Kapitulation vor den Stalinisten sind lediglich ein „orthodoxer" Deckmantel für Opposition von rechts, aus einer liberalen Richtung. Dies zeigen ihre Verteidigung des „Rechts auf Redefreiheit" für Faschisten und ihre Aufrufe, die imperialistische amerikanische Armee zum „Schutz der Rechte" der amerikanischen Schwarzen einzusetzen (ob die LCR wohl auch die französische Armee anrufen würde, um die Rechte von Algeriern in Marseille zu schützen?). In dem verwirrenden Aufgebot eklektischer Oppositionsgruppen bietet keine eine politische Opposition zu den kapitulantenhaften und manövrieristischen Methoden an, die bis jetzt das VS zusammengehalten haben. Nur ein konsequenter Kampf gegen den pabloistischen Revisionismus kann eine programmatisch orientierte, authentisch trotzkistische Alternative hervorbringen.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 126, 24. September*

Aktionseinheit oder Propagandablock?

Briefwechsel mit dem Spartacusbund über die Solidarität mit gefangenen angolanischen Genossen

An das
Zentralkomitee des Spartacusbundes

Berlin, den 5. 10. 1976

Genossen,
der Aufruf des Politischen Büros des Spartacusbundes zur „Solidarität mit der Arbeiterbewegung in Angola" (15. 9. 76), der „Vorschlag des Spartacusbundes für einen Aufruf zur Angola-Aktionseinheit" (26. 9. 76) sowie das Schreiben Eurer Frankfurter Ortsgruppe vom 29. 9. 76 tragen deutlich den Charakter eines Propagandablockes.

Besonders der Brief Eurer Frankfurter OG, auf dem auf der einen Seite der Aufruf Eures Politischen Büros abgedruckt wird und auf der anderen Seite die Herstellung einer „breiteren Aktionseinheit" als nur der zwischen Spartacusbund und Trotzkistischer Liga Deutschlands gefordert wird, unterstellt, daß wir den Aufruf Eures Politischen Büros jemals unterstützt hätten und macht deutlich, daß Ihr unsere Organisation in eine prinzipienlose Blockbildung manövrieren wollt.

Der Genosse der TLD, der die Aktionseinheitsverhandlungen für uns am 23. 9. in Essen führte, hat dagegen klar gesagt, daß wir an Propagandablöcken kein Interesse haben. Die Essener Verhandlungen und Eure weitere unseriöse Vorgangsweise macht wiederum deutlich, daß wir Euren Vorschlägen zu vorgeblichen Aktionseinheiten nur mit größtem Mißtrauen begegnen können. Denn Euer „Vorschlag für einen Aufruf zur Angola-Aktionseinheit" vom 26. 9. schließt nicht mehr harte öffentliche Debatten ein, enthält andererseits keinerlei Vorschläge für konkrete Aktionen, sondern beinhaltet eine gemeinsame öffentliche Propaganda.

Gleichzeitig sei bemerkt, daß Eure organisatorische Zerfahrenheit bei der Vorbereitung für die sogenannte „Aktionseinheit" ein erneutes Beispiel für Eure Unernsthaftigkeit darstellt. In Eurem Brief vom 26. 9. schlagt Ihr vor, daß Eure Berliner Ortsgruppe den Text des Aufrufs mit uns vereinbaren sowie die Frage eines gemeinsamen Plakates diskutieren solle. Am 28. 9. hat sich dann zwar ein Vertreter der Berliner OG bei uns telefonisch gemeldet. Er wollte jedoch nur eine mögliche Berliner Veranstaltung mit uns besprechen und war äußerst überrascht, als er von dem der Berliner OG übertragenen Verhandlungsauftrag erfuhr. Weder Eure Berliner Ortsleitung noch Euer Berliner ZK-Vertreter fühlten sich anscheinend in der Lage, die Verhandlungen im Auftrage Eures ZK zu führen, und wir warteten fast eine ganze Woche (!) auf ein Lebenszeichen Eurer Berliner Genossen. Zur selben Zeit traf der erwähnte Brief Eurer Frankfurter OG bei uns ein, in dem Ihr ohne wieder mit uns in Verbindung getreten zu sein, praktisch auch in unserem Namen zu einem regionalen Treffen in Frankfurt einladet.

Die Konsequenz Eures bisherigen Vorgehens kann für uns nur sein, daß es zur Vertuschung von prinzipiellen Differenzen zwischen TLD und Spartacusbund in der Angolafrage und über den Charakter des bürgerlichen Nationalismus führen muß. Unser Interesse besteht dagegen, wie unser Vertreter bei den Essener Verhandlungen feststellte, in einer klaren, prinzipienfesten Auseinandersetzung und in der Durchführung von fest umrissenen Aktionseinheiten zur Verteidigung von gefangenen angolanischen Genossen gegen den reaktionären Nationalismus der MPLA.

Die Übernahme der klassenlosen „Poder Popular"-Rhetorik (Marke MFA/MPLA) durch den Spartacusbund sowie sein politischer Blankoscheck für angolanische „revolutionäre Organisationen" und seine Lobpreisung einer „Arbeitervorhut" (ohne revolutionäres Programm, weder politisch noch zumeist auch organisatorisch von der MPLA unabhängig) zeugen deutlich von Eurem Versuch einer prinzipienlosen Blockbildung.

Eure Vorstellung von „Informationsveranstaltungen ... (die) vor allem dazu dienen, Genossen der angolanischen extremen Linken die Möglichkeit zur Information über ihren Kampf zu geben" steht in der Tradition Eures erfolglosen Propagandablocks zur breiten Organisation einer „Gegenöffentlichkeit", für die Solidarität mit der „portugiesischen Revolution" (*Spartacus* Nr. 19, Aug. 1975). Solche Blöcke zum Zwecke der Propaganda haben mit Aktionseinheiten nichts zu tun. Sie dienen nur zur Schaffung eines programmlosen „Solidaritätssumpfes" in der Tradition der pabloistischen „neuen Avantgarde mit Massencharakter".

Der „Vorschlag des Spartacusbundes für einen Aufruf zur Angola-Aktionseinheit", den wir zusammen mit dem Schreiben vom 26. 9. erhielten, setzt die herkömmliche Block-Manier fort. Kernpunkt ist nicht, ebensowenig wie der „Aufruf des Politischen Büros" die Organisierung von *Aktionen* zur Verteidigung inhaftierter angolanischer Genossen, sondern Werbung für eine unbestimmte „Arbeitervorhut", für eine diffuse „unabhängige Arbeiterbewegung" in Angola, die damit implizit *politisch* unterstützt wird. Tatsache ist, daß die gegenwärtig verfolgte MPLA-Linke (so der Pater Joaquim Pinto de Andrade und andere Mitglieder der Gruppe *Revolta Activa* — die der Spartacusbund überhaupt nicht erwähnt, für deren Verteidigung gegen die Repression der MPLA-Regierung man jedoch ebenfalls eintreten muß), die dem VS nahestehende Gruppe *Revolucao Socialista* und verschiedene Maoisten recht wenig mit der „Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung" zu tun haben.

Um seine eigene prinzipienlose Unterstützung der MPLA gegen FNLA und UNITA *vor* der südafrikanischen imperialistischen Einmischung zu decken, verschweigt der Spartacusbund, daß die MPLA in Luanda und Lobito Streiks der Hafenarbeiter gebrochen und die Bereitschaft gezeigt hat, die Volkskomitees in den Elendsvierteln zu unterdrücken, lange bevor sie im Bürgerkrieg gesiegt hat.

Kommunisten unterstützen nicht — auch nicht *militärisch* — eine bürgerlich-nationalistische Bewegung (wie die MPLA) gegen andere (wie FNLA und UNITA), außer, wenn übergreifende Faktoren (im Fall Angola die massive südafrikanische Intervention, unterstützt vom CIA) den Charakter des Konflikts ändern. Imperialisti-

die eine oder andere Seite kann, bis sie einen qualitativ bestimmenden Charakter annimmt, hier nicht entscheidend sein: Auch die MPLA war in der Vergangenheit Empfänger von CIA-Geldern, unterhielt freundliche Beziehungen zu Teilen der portugiesischen MFA, erhielt im Bürgerkrieg Hilfe vom imperialistischen Schweden und unterhält nicht gerade „anti-imperialistische" Beziehungen mit Gulf Oil.

Bis zur imperialistischen Intervention war die Frage in Angola die, welche bürgerlich-nationalistische Bewegung in Angola ein bürgerliches Regime errichten würde. In dieser Frage nehmen Kommunisten — im Gegensatz zum Spartacusbund — die Position des revolutionären Defätismus auf beiden Seiten ein. Nirgendwo ist Eure Position der Unterstützung „progressiverer" bürgerlicher Regime gegen „reaktionärere" so klar bankrott gegangen wie im Libanon, wo die „progressiven" Syrer, die der Spartacusbund gegen Israel unterstützt hat, jetzt eine wahrhaft „israelische" (d. h. bürgerlich-nationalistische) Politik gegen die Palästinenser betreiben.

Aber auch zu dem Zeitpunkt, als in Angola die militärische Unterstützung der MPLA gegen die von Washington finanzierte und von Pretoria organisierte Offensive für Revolutionäre geboten war, durfte diese Unterstützung nicht wie beim Spartacusbund unbegrenzt und unbedingt sein. Der Spartacusbund, der zunächst in Flugblättern „alle Macht der MPLA" forderte, seine Berliner Portugalveranstaltung mit Plakaten schmückte, die die MPLA als revolutionäre Kraft bezeichneten, beschränkte sich später {*Spartacus* Nr. 22, Nov. 1975)

Vom Bürgerkrieg zwischen kleinbürgerlichen Nationalisten über die imperialistische Intervention bis zur Schaffung eines bürgerlichen Staates in Angola - WORKERS VANGUARD hat das gesamte Geschehen analysiert und die trotzkistische Position dargelegt. Eine Auswahl von zehn Ausgaben von WORKERS VANGUARD kann zum Sonderpreis von 5,- DM über die Redaktionsanschrift bezogen werden.

darauf, vom „Aufbrechen der in der MPLA gelegenen Widersprüche" zu reden und von der „Radikalisierung" der MPLA durch den Druck der Massen zu phantasieren. Der Spartacusbund feierte damals die MPLA als Avantgarde. Allein die TLD schrieb in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 12: „Zudem wird, wie wir schon oben sagten, auch die MPLA keine unabhängige Arbeiteropposition dulden."

Wenn der Spartacusbund also in dem „Aufruf des Politischen Büros" schreibt:

> , »Heute richtet sich die MPLA gegen die von ihr unabhängige Arbeiterbewegung, die mit ihr Seite an Seite gegen die neokolonialistischen Truppen von FNLA und ' UNITA gekämpft hat, in der Zeit vom Sommer 74 bis zum Sommer 75 unter Führung der Organisationen der extremen Linken den Kampf um das Poder Populär aufgenommen hat, d. h. den Kampf um die vollständige nationale Befreiung durch die proletarische Machteroberung."

dann deckt er seine liquidatorische Politik. Illusionen, wie sie der Spartacusbund in die MPLA setzte und mit seiner naiven Enttäuschung über die bürgerliche Reaktion der MPLA noch heute setzt, tragen mit dazu bei, daß Organisationen der angolanischen Arbeiter unvorbereitet von der „Repressionswelle" getroffen werden.

Der Begriff „Poder Populär" selbst ist Ausdruck der populistischen Konfusion der portugiesischen wie der angolanischen Linken, er ist identisch mit der in den jüngsten Chile-Demonstrationen von der GIM propagierten Losung „Arbeiter- und Volksregierung". Unsere Solidarität mit verfolgten Genossen in Angola wie auch in Chile, Argentinien usw. muß einhergehen mit der unablässigen Kritik der in allen diesen Ländern dominierenden reaktionären „Volkstümelei". Nur im Kampf gegen alle kleinbürgerlichen, antiproletarischen Ideologien kann die neuzuschaffende Vierte Internationale aufgebaut werden.

Die TLD wird sich nicht an einem Propagandablock beteiligen, der den Zweck hat, angolanische Zentristen und Opportunisten einschließlich der MPLA-Linken zur „Arbeitervorhut" hochzustilisieren sowie die Verbrechen der MPLA vor ihrer Machtergreifung zu vertuschen. Dennoch bekunden wir weiterhin unser lebhaftes Interesse an *Aktionen* zur Verteidigung der Opfer der Reaktion des bürgerlichen MPLA-Regimes.

— Freiheit für alle Gefangenen der Arbeiterbewegung in Angola!

- Freiheit für alle Opfer des reaktionären Terrors der bürgerlich-nationalistischen MPLA-Regierung!

Solche Aktionen sollten nicht jene von vornherein ausschließen, die — wie der KBW oder die amerikanische SWP — der MPLA keine militärische Unterstützung ausgesprochen haben. Die Bedingung für eine Teilnahme an *Aktions*einheiten kann nichts anderes als die Unterstützung für die Aktionen und ihre Losungen sein. Die gemeinsame politische Einschätzung, die vom Spartacusbund als *Voraussetzung* für die Aktionseinheit aufgestellt wird, ist nur ein Beweis mehr für den Charakter seiner Initiative als eines *Propagandablocks!*

Abschließend wiederholen wir unseren Vorschlag, *Debatten* (öffentliche oder vor der Mitgliedschaft der beiden Organisationen) zwischen TLD und Spartacusbund zur Angola-Frage und der Haltung von Kommunisten zum kleinbürgerlichen Nationalismus zu führen.

Für das ZK der TLD
(S. Lenz)

An das
Zentralkomitee des Spartacusbundes

Berlin, den 4. IL 1976

Liebe Genossen,
wir stellen fest, daß der Spartacusbund in seinem Zentralorgan Nr. 32 (25. 10.-25. 11. 1976) seine „Bereitschaft zu offenen Diskussionen bereits erklärt" hat. Die TLD hat seit ihrem Bestehen mehrfache, bisher leider vergebliche, Bemühungen unternommen, eine offene Debatte mit dem Spartacusbund zu erreichen.

Bereits in unserer *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 1 schrieben wir: „Nach unserer Intervention auf der Konferenz sagten die Genossen des Spartacusbundes die bereits konkret angesetzten Debatten in drei westdeutschen Städten ab und entschlossen sich anscheinend, die Diskussion in Form verleumderischer Artikel zu führen." Wir traten damals weiterhin für Diskussionen ein und stellten fest, daß „die entscheidende Konfrontation unserer und ihrer Auffassungen noch aussteht" (Erklärung der auf der

Fortgesetzt auf Seite 18

Weg mit dem Einreiseverbot für Ernest Mandel!

Seit viereinhalb Jahren, seit dem 28. Februar 1972 wird Erbest Mandel, führendem Mitglied des „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale" die Einreise in die BRD und nach Westberlin verboten - mit der Begründung, daß er „eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" sei (der damalige Innenminister Genscher am 1. März 1972 im deutschen Bundestag). Zuvor war ihm eine ordentliche Professur für Volkswirtschaft an der Freien Universität Berlin durch den Berliner Senat verweigert worden. Die GIM hat während ihres Wahlkampfes erneut die Aufhebung des Einreiseverbots für Ernest Mandel gefordert. Die Trotzkistische Liga Deutschlands schließt sich dieser Forderung an und protestiert schärfstens gegen diesen Angriff der Bourgeoisie auf die demokratischen Rechte der Arbeiterbewegung!

Im Zuge einer allgemeinen Rechtsentwicklung baut die Bourgeoisie ihren Repressionsapparat aus, verhängt Berufsverbote gegen Linke und Gewerkschaftler en masse, versucht sie, die linken Organisationen zu kriminalisieren. Zu diesem Zweck dient nicht zuletzt auch das reaktionäre Ausländergesetz, dessen Bestimmungen zufolge auch alle EWG-Bürger aus der BRD abgeschoben werden können, wenn sie eine „Gefährdung für die öffentliche Ordnung" darstellen.

Das Einreiseverbot für Ernest Mandel richtet sich nicht nur gegen diesen selbst, es richtet sich gegen die gesamte Linke und Arbeiterbewegung. Ein Schlag gegen einen ist ein Schlag gegen alle! Die gesamte Linke, die Gewerkschaften müssen mobilisiert werden, um diese Attacke der Bourgeoisie auf die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse zurückzuschlagen, um Mandel und allen anderen Vertretern und Unterstützern der internationalen Arbeiterbewegung das Recht auf ungehinderte Einreise in die BRD und nach Westberlin zu ermöglichen.

Nicht unterstützen können wir jedoch die Strategie Mandels - der sein Berliner Berufsverbot als eine „deutliche Abkehr (!) des Westberliner Senats von den Prinzipien des Rechtsstaats (!)" bezeichnete (*Süddeutsche Zeitung,* 1. März 1972) — und die der GIM, demokratische Rechte durch opportunistische Anbiederung an den bürgerlichen Staat und an die Sozialdemokratie zu verteidigen. So schreibt das Zentralkomitee der GIM in einem „Offenen Brief an die Bundesregierung" vom 10. September dieses Jahres: „Sie werden keine Schrift, keine Rede Ernest Mandels und kein programmatisches Dokument der Vierten Internationale finden, das zum Kampf gegen irgendeine freiheitlich-demokratische Ordnung aufruft." Bereits vor viereinhalb Jahren hieb die GIM in die gleiche Kerbe. Zusammen mit der Revolutionär-Kommunistischen Jugend ließ sie in einer Presseerklärung vom 5. März 1972 als Antwort auf den Vorwurf der Bundesregierung, Mandel wolle in Westdeutschland oder Westberlin die Zentrale des „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale" errichten (schon aufgrund der notorischen organisatorischen Schlampigkeit der GIM ein Unding), verlauten:

> „Aber wenn eine solche Absicht bestanden hätte, wäre es immer noch unbegreiflich, warum der Senat von Westberlin einer internationalen Organisation verbieten sollte, ihr Büro in dieser Stadt zu errichten, die für sich in Anspruch nimmt, frei und demokratisch zu sein."

Wer das Wort „unbegreiflich" für eine Ausdruck subtiler Ironie hält, sollte daran erinnert werden, daß Mandel damals seinen Fall als „eine politische Dummheit sondergleichen" und als „ein Zugeständnis (!) der SPD an die ununterbrochene Hetze der Rechten in der BRD gegen die Präsenz von Marxisten im Ausbildungsbereich" bezeichnete. Er verstieg sich sogar dazu, den Beschluß des Westberliner SPD-Senats als einen „ideologischen Vatermord ohne Präzedenz in der europäischen Geistesgeschichte" zu brandmarken, denn:

> „Unter die Definition der Verfassungswidrigkeit durch den Senat würden nicht nur Karl Marx und Friedrich Engels, August Bebel, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fallen, sondern vor 1923 sogar Karl Kautsky, Rudolf Hilferding und Rudolf Breitscheid."

Selbst einem Vertreter der GIM muß diese Argumentationsweise wohl unangenehm aufgefallen sein, denn er äußerte sich auf einem Hamburger. Teach-in am 7. März 1972 folgendermaßen:

> „Inwieweit allerdings der Genosse Mandel selbst mit seiner defensiven Beschwörung des Widerspruchs von Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit und seinem Hoffen auf irgendwelche Fraktionen der Sozialdemokratie sich und seiner Organisation einen Bärendienst erweist, scheint heute bereits entschieden" (GIM- *Dokumentation zum Fall Ernest Mandel).*

All unsere politischen Differenzen mit dem revisionistischen „Vereinigten Sekretariat" und seiner deutschen Sektion, der GIM, hindern uns jedoch nicht, mit ihm aktiv Solidarität gegen Angriffe des bürgerlichen Staates, in diesem Fall gegen das Einreiseverbot für Ernest Mandel, zu üben.

Schließlich würden wir es auch begrüßen, Ernest Mandel als führenden Vertreter des VS, der bereit ist, jede „historische Referenz" (auf den Trotzkismus) und den „Namen" (der Vierten Internationale) „binnen 24 Stunden" aufzugeben, wenn es opportun scheint (Interview in *Politique Hebdo,* 16. Juni), in der BRD und in Westberlin politisch konfrontieren zu können.

- Weg mit dem Einreiseverbot für Ernest Mandel!
- Weg mit dem reaktionären Ausländergesetz!
- Für das Einreiserecht aller Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung!
- Für Einheitsfrontaktionen zur Verteidigung der demokratischen Rechte der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen!

11. November

Mitte Oktober erklärte ein Gipfeltreffen der Arabischen Liga die 55. Waffenruhe des nun seit 18 Monaten dauernden Bürgerkrieges im Libanon. Noch am Tag der Erklärung kam es in Beirut zu den schwersten Artillerieduellen während des Krieges, und schätzungs- weise 800 Mörsergeschosse explodierten meistens in den Wohnvierteln der Stadt. Obwohl die Kämpfe zwischen der syrischen Armee einerseits und der Allianz der „moslemischen Linken" mit den Palästinensern andrer- seits aufgehört haben, kam es seitdem zu einem andau- ernden Schußwechsel entlang den „traditionellen" Fron- ten zwischen den Wohngebieten der Christen und der Moslems in Beirut. Im Südlibanon, das früher einmal ein relativ friedliches Gebiet und eine palästinensische Hochburg („Fatahland") gewesen war, fanden heftige Kämpfe zwischen palästinensischen Kräften und christ- lichen Formationen statt, die von den Israelis unterstützt wurden — begleitet von den inzwischen schon alltäglichen Massakern zwischen den konfessionell-kommunalen Gruppen.

Seit die christlichen Falange-Banditen am 13. April1975 einen Bus mit Palästinensern überfallen, die Reisenden massakriert und hiermit den Bürgerkrieg ausgelöst hatten, wurden mehr als 40 000 der 3,3 Millionen zählenden Bevölkerung getötet. Große Gebiete, darunter das wichtige Geschäftszentrum Beiruts, wurden verwüstet. Tausende wurden gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen, und in neu errichtete kommunale Stützpunkte der jeweiligen politisch-konfessionellen Gruppierung zu flüchten. Man schätzt, daß ca. ein Viertel der Bevölkerung, vor allem wohlhabende maronitische Christen, das Land verlassen haben. Dennoch stellt die jetzige Waffenruhe keineswegs eine „Lösung" des Krieges dar, sondern sie spiegelt einfach die Furcht der arabischen Regime und der imperialistischen Mächte wider, den Konflikt international zu eskalieren und die ganze Region in Unruhe zu versetzen. Nach dem Abkommen über die Waffenruhe soll eine 30 000 Mannstarke „Friedenstruppe" der Arabischen Liga im Libanonstationiert werden, aber die wesentlichsten Fragen über ihre Zusammensetzung und ihren Einsatz wurden nicht geklärt und im Grunde liefert die Arabische Liga, von deren Mitgliedern keines wirkliche Einwände gegen die syrischen Bemühungen zur Einschränkung des Aktionsradius der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) hat, nur das Feigenblatt für die fortgesetzte syrische Intervention. Gewichtige Elemente in allen beteiligten Lagern sind mit dem jetzigen „Friedens"abkommen unzufrieden. Gleichzeitig warnte das zionistische' Regime davor, arabische Truppen in Gebieten nahe seiner Grenze zu stationieren, währendes die Versuche seitens der Christen unterstützt, dort ein Sperrgebiet zu errichten. Der ganze schmutzige Krieg demonstriert anschaulich, daß die Lösung der elementarsten und dringendsten demokratischen Fragen im Rahmen des niedergehenden Kapitalismus absolut unmöglich ist.

Der kommunale Charakter des Bürgerkrieges

Von Anfang an war der Krieg im Libanon ein Krieg zwischen verschiedenen „kommunalen" Gruppen, die sich alle auf der Basis ihrer Zugehörigkeit zu den diversen mohammedanischen und christlichen Konfessionen definieren. Doch dieser „religiöse" Hintergrund ist mit ökonomischen und kulturellen Momenten, separaten Wohngebieten, traditionellen Bindungen an führende Familienclans usw. engstens verknüpft. Libanon ist keine Nation sondern ein Staat, der sich aus diesen zahllosen religiös-ethnisch-nationalen Gemeinschaften zusammensetzt, die sich ständig am Rande pogromartiger Auseinandersetzungen befanden. Alle Seiten betreiben das gleiche schmutzige Geschäft mit sich kaum unterscheidenden Mitteln. Trotz gegenteiliger Behauptungen gilt dies auch für die fälschlicherweise so bezeichnete „moslemisch-linke Allianz". Keine Seite des Bürgerkriegs verdient unsere Unterstützung; daran ändert auch die massive syrische Militärintervention nichts.

Der jetzige Bürgerkrieg ist das Erbe der ottomanischen und französischen imperialistischen Herrschaft und der Vermischung von unzähligen religiösen Gemeinschaften; dies /erhinderte zusammen mit der verspäteten kapitalistischen Entwicklung die Konsolidierung eines modernen Nationalstaates. Historisch betrachtet war die Entstehung von Nationalstaaten ein blutiger Prozeß, in dessen Verlauf das überlegene Volk die Überreste der schwächeren Volksgruppen



Chauvinistisches Blutbad im Libanon

unterdrückte. Der Imperialismus handelte nach dem Prinzip „teile und herrsche"; dabei brachte er den Prozeß der nationalen Konsolidierung zum Stillstand und erhielt die sozialen Überbleibsel aus dem Feudalismus am Leben, darunter auch solche „kommunalistische" Strukturen wie im Libanon. Heute finden einige der schwerwiegendsten nationalen und „kommunalen" Auseinandersetzungen in ehemaligen Kolonialgebieten statt, in denen unterschiedliche Gemeinschaften sich zahlenmäßig ungefähr die Waage halten und äußerst vermischt sind. Im Libanon ist dies der Fall.

Unter der ottomanischen Herrschaft hatten die verschiedenen

Gemeinschaften eine getrennte Verwaltung und konnten über ein geringes Maß an lokaler Autonomie verfügen. Nach dem Ersten Weltkrieg wandten die Franzosen das klassische Mittel „teile und herrsche" an und trennten den Libanon von Syrien ab, womit sie den Christen die Mehrheit sicherten, die traditionell profranzösisch waren. Sie richteten ein Proporzsystem für die Vergabe von Regierungsposten ein, welches nach der Unabhängigkeit 1946 beibehalten wurde. Nach dem ungeschriebenen „Nationalvertrag" von 1943 werden die Regierungsposten proportional unter den 17 Gruppen vergeben. So besetzten die dominierenden christlichen Maroniten den Posten des Präsidenten, die Sunniten den des Premierministers und die Schiiten den des Präsidenten der Abgeordnetenkammer. Hinter der Fassade der „Demokratie" ist der Libanon eine pluralistische Theokratie unter maronitisch-christlicher Dominanz. Von Anfang an war dieses System seiner inneren Natur nach diskriminierend und antidemokratisch, wobei es die politische Vorherrschaft christlicher Geschäftsleute und Geistlicher, moslemischer Scheichs und Muftis, Stammesführer der Drusen und Zaims (mafiaartige Bosse in den Städten) durchsetzte und die „Ungläubigen" wirksam entrechtete. Darüberhinaus basierte diese Aufteilung auf der Volkszählung aus dem Jahre 1932, und da die moslemische Bevölkerung seitdem schneller angewachsen ist, so daß sie jetzt die Christen zahlenmäßig um ca. ein Drittel übertrifft (wobei die am stärksten unterdrückte schiitische Sekte jetzt die größte einzelne Gemeinschaft bildet), hat sich die libanesische herrschende Klasse geweigert, eine neue Volkszählung durchzuführen.

In fast allen politischen Bewegungen wird die Linie entlang der Religionsgemeinschaften gezogen und durch das Entzünden des ethnischen und religiösen Hasses ist der extreme rechte Flügel enorm gestärkt worden. Die verschiedenen faschistischen und ultrarechten Formationen schließen die maronitische Falange Pierre Gemayels ein, deren Vorbild die Jugendbewegung Hitlers ist, die aber inzwischen als „gemäßigter" denn eine Reihe anderer christlicher Organisationen angesehen wird. Die bekannteste „linke" Partei ist die Progressive Sozialistische Partei, die von dem Drusenpatriarchen Kamal Dschumblatt geführt wird. Die PSP, die sich auf die Drusengemeinschaft stützt, entwickelte ein utopisches „nicht sektiererisches" Programm, das die Zivilehe, kostenlose Ausbildung und schließlich die „sozialistische" Gesellschaft fordert, deren Grundlage die Frühehe, das Familienleben und die Religion sein soll.

Der Libanon und die Palästinenser

Seit 1967 sah die libanesische herrschende Elite in den palästinensischen Kommandoeinheiten, die sich auf die 350 000 palästinensischen Flüchtlinge im Libanon stützten, im wachsenden Maße eine Bedrohung für die wacklige „konfessionelle" Ordnung und die fortgesetzten maronitischen Machtbefugnisse. Nicht nur wurde die palästinensische Sache ein Sammelpunkt für die Massen der armen und besitzlosen Libanesen, die in der Mehrzahl Moslems sind, sondern die gut bewaffneten Kommandoeinheiten der PLO waren auch in der Lage, außerhalb der Autorität des libanesischen Staates zu operieren. Auch gelang es ihnen in der Vergangenheit, Versuche der libanesischen Armee, ihre Macht einzuschränken (gewöhnlich als „Vergeltung" für Angriffe der Israelis auf die palästinensischen Flüchtlingslager), zurückzuschlagen. Die Führung der PLO versuchte, eine Politik der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer arabischer Staaten" zu betreiben und weigerte sich, Massenmobilisierungen zu unterstützen, auch als diese, wie im April 1973 nach dem israelischen Überfall auf das PLO-Hauptquartier in Beirut, der Verteidigung der palästinensischen Sache dienten. Der gegenwärtige Bürgerkrieg begann, als die rechte christliche Falange, die entschlossen war, die Autorität des von den Maroniten beherrschten Regimes wiederherzustellen, einen Bus mit Palästinensern angriff, der durch christliches Gebiet fuhr.

Die darauffolgenden Straßenkämpfe zwischen der Falange und bestimmten palästinensischen Kommandoeinheiten, denen sich ihre „linken" libanesischen Verbündeten anschlossen, eskalierten sehr schnell und entzündeten eine sektiererische Blutfehde. Nach der am 22. Januar beschlossenen Waffenruhe löste sich die libanesische Armee unter dem Druck der gegensätzlichen Bindungen der jeweiligen Truppen an ihre „kommunalen" Gruppierungen völlig auf. Nach einer Periode, in der die wichtigste PLO-Organisation versuchte, neutral zu bleiben, verband sie sich auf Gedeih und Verderb mit der „Moslemischen Links-Allianz" von Dschumblatt und der „Arabischen Armee". Die von Syrien unterstützten al-Saiqa-Kommandoeinheiten kämpften anfänglich gegen die Falange, dann aber engagier- ten sie sich zusammen mit den von Syrern geführten Einheiten der Palästinensischen Befreiungsarmee gegen die Masse der PLO und der libanesischen Moslems. Gerade diese Unterstützung und die von den Syrern im großen Maßstab durchgeführte Militärintervention im Juni ermöglichte es den Christen, ihre früheren Verluste wiedergutzumachen.

Die revolutionäre Haltung zum Bürgerkrieg

Angesichts eines solchen reaktionären Krieges zwischen den einzelnen konfessionell-kommunalen Gruppierungen müssen revolutionäre Marxisten den revolutionären Defätismus auf allen Seiten verfechten, während sie gleichzeitig das Recht der Selbstverteidigung für alle Gemeinschaften, einschließlich der Maroniten, anerkennen und gegen jede ausländische Intervention sind. In dem gegenwärtigen Konflikt und besonders in Anbetracht der wechselnden Bündnisse kämpft keine der nationalistischen und „kommunalistischen" Gruppierungen einen gerechten Kampf, der eine militärische Unterstützung vom klassenbewußten Proletariat verdienen würde. 1970 unterstützten revolutionäre Marxisten die Palästinenser militärisch, die ihre Flüchtlingslager und Gemeinden vor der haschemitischen Armee verteidigten; im Libanon haben sich jedoch alle Fraktionen der PLO/PLA entweder mit Dschumblatt oder den maronitischen Banden verbunden und sind damit in dem sektiererischen Hader untergegangen. Während Revolutionäre den Abzug der syrischen Armee und aller anderen ausländischen Truppen verlangen müssen, ändert deren Anwesenheit keineswegs den Charakter des Krieges. Nur unter gewissen genau zu definierenden Umständen könnten unabhängige proletarische Kräfte einen zeitlich begrenzten militärischen Block bilden. Zum Beispiel könnten solche Kräfte mit den Palästinensern und verschiedenen libanesischen Kräften bei der Verteidigung von Arbeitervierteln und Flüchtlingslagern gegen ein Blutbad durch die an Zahl überlegenen syrischen Truppen zusammengehen.

Selbst wenn die historische Diskriminierung und der Ausschluß der Moslems aus dem gesellschaftlichen Leben im Libanon abgeschafft worden wäre, könnte dies im Kapitalismus nur dazu führen, daß die früher vorherrschenden christlichen Sekten Opfer derselben Unterdrückung würden. Die Lösung, die im Kapitalismus nur möglich ist, ist die in Zypern praktizierte - gegenseitiges Abschlachten und massenhafte Umsiedlung der Bevölkerung. Aber wenn

wir den vorherrschenden konfessionell-kommunalen Charakter des Krieges und die Notwendigkeit für Revolutionäre betonen, allen Seiten jede militärische Unterstützung zu verweigern, so heißt das nicht, daß man nicht eine Reihe von unmittelbaren Forderungen aufstellen muß, darunter die für das Recht auf kommunale Selbstverteidigung; für antisektiererische Milizen aus Arbeitern, armen Bauern und palästinensischen Flüchtlingen, die die ultrarechten Terrorbanden entwaffnen; für das Recht auf Rückkehr aller Palästinenser und volle Staatsbürgerrechte für alle diejenigen, die dableiben wollen; für den Abzug der syrischen Truppen, gegen imperialistische Intervention; für die Liquidierung des konfessionellen Systems durch Wahlen für eine wirklich demokratische Konstituierende Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts.

Die internationale Spartacist Tendenz hat praktisch als einzige die Politik des revolutionären Defätismus auf beiden Seiten in den arabisch-israelischen Kriegen 1948, 1967 und 1973 vertreten. Der grundlegende Charakter dieser Kriege (der Krieg 1956 war im Grunde ein Krieg imperialistischer Mächte gegen das ägyptische Volk) bestand in der Unterordnung des palästinensischen Befreiungskampfes unter Auseinandersetzungen zwischen den herrschenden Klassen Israels und der arabischen Staaten, die auf beiden Seiten einzig und allein im Interesse einer räuberischen Expansion geführt wurden. In solchen Kriegen dürfen revolutionäre Marxisten keine Partei für einen der konkurrierenden Ausbeuter beziehen, sondern sie müssen den arbeitenden Massen sowohl in den arabischen Staaten als auch in Israel sagen, daß der Hauptfeind im eigenen Land steht, bei gleichzeitiger Aufforderung, die Gewehre umzudrehen - dies ist die Politik des revolutionären Defätismus auf beiden Seiten. Darüberhinaus hat die iST anerkannt, daß jede gerechte Lösung des Konflikts die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung sowohl der palästinensischen Araber als auch des hebräisch sprechenden jüdischen Volkes Israels beinhalten muß, während sie bereit war und ist, die Palästinenser militärisch sowohl in ihren Kämpfen gegen den zionistischen Staat als auch wie im Schwarzen September 1970 gegen die arabischen Regime zu verteidigen.

Pabloistische Kapitulation

Im Gegensatz zur revolutionären Position der iST haben Organisationen wie die GIM, deutsche Sektion des „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale", und der Spartacusbund bei den Kriegen von 1967 und 1973 Stellung auf Seiten der arabischen Regime bezogen. Die GIM tut dies offen im Namen der „arabischen Revolution" und einer angeblichen „antiimperialistischen Dynamik" der Kriege. Der Spartacusbund vermeidet solche krassen pabloistischen Begriffe, wirft aber genauso kriterien über Bord und ruft zu einem arabischen *nationalen* Krieg gegen Israel auf: „Unsere Aufgabe ist es ... den Befreiungskampf der arabischen Nationen gegen die zionistische Raubpolitik zu unterstützen!" (*Spartacus* Nr. 12, Januar 1975).

Daher ist es nicht überraschend, daß solche revisionistischen Gruppen bei der Einschätzung des libanesischen Bürgerkrieges die „Moslemische Links-Allianz" und die PLO von Anfang an unterstützt haben. Nach Ansicht von *Inprecor,* dem Organ des „Vereinigten Sekretariats", ist z. B. „die Dynamik des Kampfes im moslemischen Lager in einem sehr allgemeinen Sinne progressiver als die des christlichen Lagers" *(Inprecor,* 1. April; wie auch alle weiteren Zitate aus *Inprecor,* englische Ausgabe, übersetzt). Der Bürgerkrieg ist kein Kampf zwischen konfessionellen Gruppen, sondern „ein Klassenkrieg", in dem es eine „reaktionäre" und eine „antireaktionäre" Seite gibt, und in dem die „libanesischen Massen" gegen die „maronitische christliche Kompradorenbourgeoisie" kämpfen (*Inprecor*, 20. November 1975). Revolutionäre müssen sich auf die Seite der „moslemischen Linken" stellen, da ja „der wirkliche Charakter der Auseinandersetzungen" in „ihrer antibürgerlichen und antiimperialistischen Natur" besteht (*Inprecor,* 19. Juni 1975). Hinter all diesem Blutvergießen der konfessionellen Gruppen steckt nämlich ein „Prozeß", der der „arabischen Revolution", des Kampfes der „arabischen Massen" mit der „imperialistischen Reaktion". Und hinter diesem „Verständnis" steckt eine liquidatorische Kapitulation vor dem arabischen Nationalismus. In einem ähnlichen Sinne posaunte der Spartacusbund: „In einer dritten Phase der Kämpfe, die bis heute anhält, tritt der Klassencharakter der Auseinandersetzungen zwischen extrem rechten Milizen und den Milizen der libanesischen Linken und den Palästinensern immer mehr zum Vorschein... " (*Spartacus* Nr. 24, Januar).

Konfessioneller Terror ...

Um diese Position zu rechtfertigen, ist es notwendig, das Wesen der Auseinandersetzung, das im Kampf zwischen konfessionell-kommunalen Gruppen besteht, zu leugnen. Der überwiegende Charakter des libanesischen Bürgerkrieges besteht im grausamen und unkontrollierbaren Morden entlang kommunaler (also nicht rein religiöser) Trennungslinien. Schon bei den allerersten Zusammenstößen griffen sowohl die christlichen als auch die palästinensischen und moslemischen Kräfte zum Mittel wahlloser Bombardierungen auf dicht bevölkerte Wohnviertel. Als die Kämpfe intensiver wurden und die Zahl der zivilen Verluste schwindelnd in die Höhe stiegen, verbreiteten sich schießwütige Lynchbanden und beide Seiten schwelgten in ziellosen Entführungen unbewaffneter Zivilisten, der Folterung von Geiseln und dem mutwilligen Abschlachten, nur um der Rache und Vergeltung willen.

Während der ersten Monate des Bürgerkrieges warnten sowohl Jassir Arafat von der PLO als auch das syrische Baath-Regime die „Moslemische Links-Allianz" davor, die palästinensische Bewegung in einen Krieg zwischen konfessionellen Gruppen hineinzuziehen. Noch enthüllender ist, daß ein Sprecher der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), die vom Beginn der Schießereien an in der Vorhut der „Moslemischen Links-Allianz" war, ebenfalls einräumt, daß die Kämpfe schon frühzeitig einen konfessionell-sektiererischen Charakter angenommen hatten:

„Als die Kämpfe im August wiederaufflammten, nahmen sie einen anderen Charakter an; sie waren primär konfessioneller Natur... Die Auseinandersetzungen begannen als Kampf .zwischen reaktionären und progressiven Kräften und endeten als Kampf zwischen Moslems und Christen, vor allem Maroniten. Ob wir das zugeben wollen oder nicht, es ist eine Tatsache. Die Kämpfe endeten auf der Straße, unter dem einfachen Volk des Libanon, zwischen Christen und Moslems. Dies ist natürlich besonders für die palästinensische Widerstandsbewegung eine gefährliche Situation... Ich glaube, es ist teilweise auf die Art der Kriegführung im August und September zurückzuführen, daß sich die Situation verschlechterte und in einen Kampf zwischen Moslems und Christen mündete. Die Schlacht wurde von Raketenfeuer beherrscht... Eine Bombe kann nicht zwischen einem progressiven und einem reaktionären Christen unterscheiden" (Interview mit Jussif al- Haytham, *MERIP Reports* Nr. 44; die Monatsangaben beziehen sich auf das Jahr 1975).



Doch während Jussif al-Haytham zugibt, daß die Kämpfe einen völlig „konfessionellen Charakter" angenommen haben, unterstützt er nichtsdestoweniger unerschütterlich die sogenannten „progressiven Kräfte". Allerdings, mit der politischen Konzeption der PFLP kann man zweifellos wahllose Angriffe gegen libanesische Zivilisten, deren „Schuld" darin besteht, daß sie in christlichen Gebieten wohnen, rechtfertigen, da diese kleinbürgerlichen Radikalen seit Jahren einen solchen nicht zu verteidigenden Terrorismus gegen unschuldige Leute anwenden, deren einziges „Verbrechen" darin bestand, im zionistischen Israel zu leben oder gerade mit israelischen Flugzeugen zu reisen.

... und Programmlosigkeit

Aber, so wird behauptet, mag der Krieg auch als ein Krieg zwischen den einzelnen Konfessionsgruppen erscheinen, so kämpfen die „progressiven Kräfte" doch vielmehr für ein Reformprogramm, das „antikommunal" und „antikonfessionell" sei. Besonders ironisch ist hierbei die Tatsache, daß Arafat sich gerade den alten „konfessionellen" Staat des Libanon einst zum Vorbild für ein „demokratisches säkularisiertes Palästina" erkoren hatte. Zu Beginn des Bürgerkrieges behauptete das Konglomerat aus Moslems und „Linken", für ein „Programm der Demokratischen Reform" zu kämpfen. Dieses Programm war jedoch so gemäßigt, daß ein Berichterstatter in der Londoner *Times* (5. Mai) zustimmend schrieb, der amerikanische Botschafter im Libanon habe „seinen libanesischen Freunden gesagt, daß ein solches Programm im Rahmen eines Landes wie der Vereinigten Staaten als ,ultrakonservativ' angesehen würde, und er fuhr fort ihnen zu versichern, daß es nichts mit Sozialismus' zu tun habe."

Nachdem aus den Kämpfen eine Feuersbrunst zwischen den Konfessionsgruppen geworden war, wurde das politische Programm der „progressiven und demokratischen Kräfte" einfach darunter subsumiert. Auf beiden Seiten wurden die Kämpfe in Kategorien von Rache und Vergeltung gerechtfertigt. Der Londoner *Observer* (6. Juni) berichtet von einem enthüllenden Zwischenfall: ein armenischer Christ, der „aus seinem Auto von einer besonders blutdürstigen moslemischen Straßensperre herausgezerrt wurde, konnte sich Berichten zufolge retten, indem er denen, die ihn gefangengenommen hatten, erzählte, er sei Protestant. Einer von ihnen ging los, um herauszufinden, was das sei und kam mit dem Befehl zurück, den Armenier sofort frei zu lassen. »Protestanten sind die Leute, die alle diese verfluchten Christen in Nordirland töten, erklärte er'." Umgekehrt, hier die Bemerkung eines Palästinensers: „Ich würde lieber jeden Tag den Israelis in die Hände fallen als den Falangisten" *Guardian*, 27. Oktober).

> Darüberhinaus gibt der Sprecher der PFLP, Jussif al-Haytham, zu, daß die „Moslemische Links-Allianz" jede Erwähnung ihres politischen Programms fallen gelassen hat: „Ein Hauptproblem während der letzten Kämpfe war, daß die progressiven Kräfte und der palästinensische Widerstand keine Losung, keine klare politische Linie hatten. Die Massen waren verwirrt und dieser Mangel einer wirklichen, klaren Losung behinderte eine effektive politische Mobilisierung."

Die revisionistischen Verfechter der Moslem/PLO-Achse haben sich als unfähig gezeigt, den konfessionellen Charakter des Krieges zu leugnen, wobei sie zugeben, daß die populärste der moslemischen Organisationen die kleinbürgerlichen Nationalisten sind, die „am besten die vorherrschende konfessionalistische Ideologie widerspiegelten" (*.Inprecor*, L April).

> „Die Einbeziehung von immer breiteren Sektoren der Massen in den Kampf illustriert die Vorherrschaft des Konfessionalismus. Der Konfessionalismus war auch die direkte Ursache für die Greueltaten, die beide Lager begangen haben, was die politische Rückständigkeit der breiten Massen demonstriert.

Die Schwäche der revolutionären Strömungen und die fortgesetzte Macht, die der Konfessionalismus über die Massen ausübt, waren zwei Elemente, die die revolutionäre Umwandlung des Bürgerkrieges schwierig oder unmöglich machen" (*Inprecor*, 20. November 1975). Und ein Führer der libanesischen VS-Gruppe, der Revolutionär-Kommunistischen Gruppe, die sich auf die Seite der „Moslemischen Links-Allianz" gestellt hat, hat folgendes über die libanesische Linke zu sagen:

> „Zuerst versuchten sie, für demokratische Fragen zu mobilisieren, wie der gleichberechtigten Vertretung für die Moslems... Kürzlich haben sie sogar diese Forderungen fallengelassen. Von ihnen hört man nichts mehr" *(Intercontinental Press,* 26. Juli).

Die Politik der Vergeltung

Gleichberechtigung innerhalb des konfessionellen Systems! In diesem schmutzigen Krieg ist das „Programm" aller Seiten für „Gleichberechtigung" - gleichberechtigte Bombardierungen, gleichberechtigte Entführungen, gleichberechtigte sektiererische Massaker. Anfang Dezember z. B. trieben Banditen der Falange, die sich für den Mord an vier Christen rächen wollten, wahllos 200 unbewaffnete Moslems in Beirut zusammen und machten sie nieder. Als Antwort auf diesen „Schwarzen Sonnabend" liefen moslemische Banden Amok und schössen unbewaffnete Christen in unter ihrer Kontrolle stehenden Straßenvierteln nieder.

Ebenso stürmten einige Wochen später blutdürstige christliche Milizionäre die palästinensischen Gebiete von Dbaiye und Karantina, wobei sie Hunderte von Männern, Frauen und Kindern grausam hinmordeten. Genau zum selben Zeitpunkt waren jedoch die „progressiven Kräfte" der „linken Moslems" dabei, Hunderte von unschuldigen Christen in der Stadt Dschijeh und dem kleinen Dorf Haret el Rons auszurotten. Zwei Tage später dann, nach dem Fall von Karantina, beendeten diese „progressiven" Moslems die wochenlange Belagerung von Damour, indem sie die Stadt überrannten, 500 Christen töteten und alle Häuser anzündeten. Während Banden der Christen die Einwohner des palästinensischen Flüchtlingslagers Tel Zaatar nieder machten,

starteten in allerjüngster Zeit moslemische Kräfte „Ablenkungsangriffe auf christliche Dörfer, die in keinem Zusammenhang zur Verteidigung von Tel Zaatar standen, außer für diejenigen, deren Strategie in der gegenseitigen Gewaltanwendung entlang konfessioneller Linien besteht. Wahrscheinlich illustriert dies, wie der „Antiimperialismus der moslemischen Massen durch ihre konfessionelle Opposition gegen die prowestlichen Christen gestärkt wurde" *(Inprecor,* 19. Juni 1975).

Nach der Invasion der regulären syrischen Truppen im Juni wurde dies verspätet als Beweis angeführt, daß der Krieg nicht einfach ein Kampf zwischen konfessionellen Gruppen darstelle. Das VS erklärte im Juli: „Die Vierte Internationale begrüßt den Kampf der libanesischen Massen und der palästinensischen Widerstandskämpfer gegen das Bündnis der Syrer mit den Rechten" (*Inprecor*, 22. Juli). Zu wechselnden Zeitpunkten haben jedoch beide Seiten nicht nur konfessionelle Politiker unterstützt, sondern auch die syrische Intervention und Angebote der Imperialisten, Truppen in den Libanon zu entsenden.

Aufforderung zur Intervention

Als das Regime von Damaskus und seine loyalen palästinensischen Einheiten im Libanon die „Moslemische Links-Allianz" ganz zu Anfang des Bürgerkrieges unterstützten, begrüßten die sogenannten „progressiven Kräfte" die syrische Intervention. Die Führung der PLO bestätigte das syrische Baath-Regime in seiner selbsternannten Rolle als die „Vorhut der arabischen Revolution" auf der Grundlage, daß Syrien sich gegen die Sinai-Verträge ausgesprochen hatte, daß es 1974 in Rabat dafür eingetreten war, die PLO als die „einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes" anzuerkennen, und daß es als Gegenleistung für einen erneuten Einsatz der UNO-„Friedens"truppe im Dezember letzten Jahres auf einer UNO-Debatte bestand. Die ganze Zeit verfolgte das Baath-Regime jedoch seine ureigensten egoistischen Interessen. So kam der syrische Führer Assad kurz nach dem Schwarzen September 1970 an die Macht, nachdem er persönlich dazu beigetragen hatte, jede Hilfe für die palästinensischen Guerillas, die von Husseins Armee hingeschlachtet wurden, zu unterbinden. Die syrische Armee verbot Angriffe von syrischem Territorium gegen Israel, schloß gleichzeitig die palästinensischen Rundfunkstationen in Syrien und trieb die Flüchtlinge in den Libanon. Und damit seine von den Sowjets belieferte Armee freie Hand bekommen konnte, um die Palästinenser und libanesischen Moslems niederzumetzeln, stimmte Assad einer sechsmonatigen Verlängerung für die UNO-„Friedens" truppe zu.

Die gleichen Organisationen, die in der Hoffnung, eine „Lösung" für die imperialistische Balkanisierung und Ausbeutung des Nahen Ostens zu finden, 1973 die ägyptischen und syrischen Armeen als Kämpfer für die palästinensische Selbstbestimmung begrüßten, glaubten noch bis vor kurzem an eine Unterstützung der „Moslemischen Links-Allianz" durch Syrien. So schrieb das VS:

> „Es handelte sich in erster Linie und vor allem um einen Zusammenstoß zwischen dem amerikanischen Imperialismus auf der einen Seite, der durch sein Werkzeug, die reaktionären christlichen Milizen, in Aktion trat und andererseits die Achse Syrien-PLO, mit der die moslemische Bourgeoisie und alle libanesischen antiimperialistischen Organisationen verbündet waren" (*Inprecor*, 1. April).

Desgleichen erwartete der Spartacusbund ein Eingreifen Syriens „zugunsten der linken Milizen" (*Spartacus* Nr. 24, Januar).

Noch ungeheuerlicher war die Erklärung der Internationale Communist League (I-CL), britische Blockpartner des Spartacusbundes:

> „Wenn überhaupt ein Land das Recht hat, im Libanon zu intervenieren, dann ist es Syrien. Tatsächlich wurden Syrien und der Libanon erst in jüngster Zeit als separate Staaten errichtet, nach einer Teilung in der bekannten Art durch den europäischen Imperialismus. Und die fortgesetzte besondere Verbindung zwischen Syrien und den Moslems sowie den Palästinensern ist vom libanesischen Staat traditionell anerkannt worden" (*Workers K Action,* 21.—28. Januar).

Gerade so wie diese Organisationen die Rolle Syriens solange unterstützt haben, wie sie „progressiv" war, haben sie zu der Rolle, die die 3—8 000 im Libanon kämpfenden irakischen Truppen spielen, geschwiegen. Vermutlich weil diese sich auf die Seite der „Progressiven" gestellt haben, ist ihre Intervention willkommen. Genauso wie das syrische Baath-Regime die ganze Zeit lang seine eigenen Interessen verfolgt hat, indem es verhinderte, daß die konfessionelle Fehde sich auf sein eigenes Territorium ausdehnt, wo widerstreitende konfessionelle und nationale Gruppen existieren und genauso wie ein „friedliches Abkommen" dem syrischen Regime in diesem Gebiet zugute kommen würde, so lassen sich seine irakischen Rivalen in Wirklichkeit nicht von den erhabenen Gefühlen für die „arabische Revolution", sondern von ihren eigenen kleinlichen chauvinistischen Rivalitäten mit Syrien leiten. Die 12 000 in Jordanien stationierten Truppen des irakischen Baath-Regimes blieben währen^ des Schwarzen September „neutral" und sein Ruf beruht vor allem auf seiner an Völkermord grenzenden Behandlung der Kurden. Noch vor Ausbruch des Bürgerkrieges spiegelten sich diese Rivalitäten in bewaffneten Zusammenstößen zwischen der al-Saiqa und der vom Irak unterstützten PFLP wider.

Als Syrien einen Seitenwechsel vornahm, hielt die „Moslemische Links-Allianz" nach neuen Verbündeten Ausschau und bat um eine „Friedens"truppe der Arabischen Liga, während die christliche „Rechte" ihre „arabischen Brüder" aus Damaskus willkommen hießen. Gleichzeitig machte sich die „Moslemische Links- Allianz", die bereits ihr „Programm" für die Abschaffung des konfessionellen Systems fallengelassen hatte, für den Präsidentschaftskandidaten Raymond Edde stark, jenem maronitischen Christen, der die Falange unterstützt hatte und in vergangenen Jahren eine Kampagne geführt hatte, um die Palästinenser aus dem Libanon hinauszutreiben.

Vor der Offensive, die Damaskus gegen die angeblich „antiimperialistischen" palästinensisch-moslemischen Kräfte startete, wandten sie sich lauthals gegen das „Angebot" Frankreichs, Truppen in den Libanon zu entsenden. Als sich Kamal Dschumblatt, der unumstrittene Führer der „Moslemischen Links-Allianz", syrischen Panzern konfrontiert sah, rief er die Franzosen auf zu intervenieren und erklärte am 1. Juni, daß das französische Angebot „in gutem Glauben gemacht worden ist"!

Kürzlich hat Israel sein militärisches Engagement im Libanon verstärkt. Abgesehen davon, daß dieses nicht das Ausmaß der syrischen Intervention erreicht hat, ändert es auch keineswegs den grundlegenden konfessionellen Charakter des Krieges. Das zionistische Regime hofft, Syrien daran zu hindern, den ganzen Libanon zu beherrschen, es will die bedeutende Rolle der Christen aufrechterhalten und seine Grenze durch die Zerstörung der palästinensischen Stützpunkte im Südlibanon sichern. Zu diesem Zweck hat Israel Polizeistreifen in den Libanon geschickt,

bewaffnet und trainiert christliche Dorfbewohner im Süden, schleust Militärhilfe für die christlichen Rechten in den Norden und erlaubt ihnen, Israels Grenze zu überqueren, um ihre Kräfte im Süden zu verstärken und hat eine Blockade über die von den Moslems kontrollierten Häfen Sidon und Tyre verhängt. Trotz seiner heuchlerischen Politik des „guten Nachbarn" und der „offenen Grenze", verweigert Israel weiterhin den palästinensischen Arabern das „Recht auf Heimkehr"!

Syrien, das über den israelischen Einfluß besorgt und bemüht ist, die Palästinenser in einem Gebiet zu konzentrieren (in dem es die Verkehrswege kontrolliert), erlaubte palästinensischen Einheiten, ihre Linien zu durchqueren, um der Offensive der Rechten im Süden zu begegnen; gleichzeitig festigte es seine Vormachtstellung im Rest des Landes. Mit der typischen Blindheit des arabischen Nationalismus geschlagene palästinensische Führer haben daraus geschlossen:

> „In Verbindung mit der syrisch-ägyptischen Annäherung und der Resolution des Kairoer Gipfels bedeutet dies, daß die Araber erneut bereit sind, gegen den wirklichen Feind, Israel, zu kämpfen" (Londoner *Times,* 29. Oktober).

Und eine syrische Zeitung behauptete kürzlich, daß Arafat den Syrern „seinen Dank dafür ausgesprochen habe", daß sie die PLO-Guerillas ausgebildet haben — nämlich al-Saiqa, die der syrischen Armee beim Abschlachten der Palästinenser und der libanesischen Moslems geholfen hat! Diese teilweise Kehrtwendung der Syrer ist kein Beweis für die Allmacht der „arabischen Revolution", sondern bezeugt einfach, daß sich der schmutzige konfessionelle Charakter des Bürgerkrieges durch die syrische oder israelische Intervention nicht ändert. Aber wahrscheinlich werden die verschiedenen Revisionisten auf der Grundlage ihrer Methodologie bald die Forderung nach dem Abzug der syrischen Truppen fallen lassen wollen, wenn sie sehen, daß Syrien zur „antiimperialistischen" Herde zurückkehrt!

Im Grunde suggerieren die Argumente, die von Gruppen wie der GIM und dem Spartacusbund vorgebracht werden, daß jeder Kampf eines unterdrückten Volkes, das einer historischen Ungerechtigkeit zum Opfer gefallen ist, progressiv sein muß, und daß der Kampf der „Moslemischen Links-Allianz" und der PLO im Libanon Teil des „antiimperialistischen Prozesses" der „arabischen Revolution" sei. Wenn sie sich deshalb den Krieg zwischen den konfessionellen Gruppen im Libanon ansehen, dann äußern sie bedingungslose Unterstützung für die unterdrückten Moslems gegen die privilegierten Christen, geradeso wie sie die unterdrückten Palästinenser gegen die hebräisch sprechende Bevölkerung Israels unterstützten, als sie sich in einer Reihe von arabisch-israelischen Kriegen auf die arabische Seite schlugen.

Aber in dieser Epoche imperialistischen Verfalls sind alle „kommunalen" Kriege reaktionär, auch wenn sie auf Unterdrückung und Ungerechtigkeit zurückzuführen sind. Der Sieg irgendeiner Seite wäre eine Niederlage für die Klasseninteressen des Proletariats und der Armen. Jede Strategie, die moslemische gegen christliche Arbeiter ausspielt oder arabische gegen jüdische Arbeiter, kann nur zu Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung und einer weiteren Balkanisierung des Nahen Ostens führen, was die imperialistische Herrschaft nur verewigen würde. Es ist notwendig, mit dem kleinbürgerlichen Weltbild zu brechen, das Konflikte zwischen konfessionell-kommunalen Gruppen in eine „reaktionäre" und eine „antiimperialistische" Seite *im Rahmen des status quo* zu zerlegen versucht.

Es gibt eine andere Lösung des konfessionellen Krieges im Libanon als die, sich auf die Seite der Moslems gegen die Christen oder der irakischen Baathisten gegen die syrischen Baathisten zu stellen. Das ist die Perspektive *Klasse gegen Klasse.* Die demokratischen und nationalen Rechte der Völker im Nahen Osten können nicht durch irgendeine angeblich klassenlose (und deshalb nicht existierende) „arabische Revolution" errungen und bewahrt werden, sondern nur durch die sozialistische Revolution. Nur eine proletarische internationalistische Strategie kann das Tor zum Klassenkampf öffnen, wo die Einheit der Arbeiterklasse durch den .Antagonismus der konfessionellen Gruppen verhindert oder vergiftet worden ist. Es gab eine Basis für den gemeinsamen Klassenkampf, z. B. im Libanon während des Bürgerkrieges 1958 oder in Zypern zur Zeit des Sturzes von Makarios 1974. Aber nur durch den Aufbau von revolutionären Avantgardeparteien kann die Arbeiterklasse sich diese Krisen zunutze machen und mit dem Programm intervenieren, das den revolutionären Kampf vorwärts zu treiben vermag.

Nur unter der Führung revolutionär-kommunistischer Parteien und durch das Feuer des Klassenkampfes wird die internationalistische Solidarität im Nahen Osten geschmiedet werden. Der Kampf für wirkliche Demokratie im levantinischen Raum und für die nationale Befreiung der Palästinenser muß das bonapartistische Regime in Syrien hinwegfegen, die mittelalterlichen theokratischen Strukturen im Libanon zerstören, die zionistische Staatsmacht zertrümmern und die arabischen, christlichen und hebräischen Massen von ihren reaktionären Irreführern losreißen, die sie in endlose und sinnlose nationale und konfessionellkommunale Kriege führen. Im Rahmen der sozialistischen Föderation der Arbeiterstaaten des Nahen Ostens werden die Arbeiter und die anderen unterdrückten Massen darangehen, die harmonische Auflösung aller verbliebenen nationalen, ethnischen und religiösen Antagonismen voranzutreiben. ■

Fortsetzung von Seite 10
Gründungskonferenz des Spartacusbundes anwesenden Delegierten der ÖBL und der SL/US, S. 31 der *KK).*

Nach mehreren seit der Gründung des Spartacusbundes gemachten Wiederholungen dieses Angebots mußten die Genossen der TLD in der *KK* Nr. 4 feststellen: „Vor öffentlichen Debatten, die von uns seit langem angeboten werden, kneift man" (Der Zentrismus des Spartacusbundes, S. 3). Nach Eurer 5. Bundeskonferenz, die vom ZK der TLD als ein möglicher Wendepunkt des Spartacusbundes angesehen wurde, wiederholten wir das Angebot in einem weiterreichenderen Rahmen: „Wir sind nicht nur bereit, Euch mit schriftlichen Materialien zu versorgen; darüberhinaus erklären wir unsere Bereitschaft, auf Einladungen Eurerseits uns direkt mit Vertretern der internationalen Spartacist Tendenz an den vorbereitenden Diskussionen für Eure internationale Konferenz (in Eurem Zentralkomitee, in regionalen oder örtlichen Versammlungen Eurer Organisation) sowie an Eurer internationalen Konferenz selbst zu beteiligen" (Diskussionsangebot der TLD, zitiert aus der *KK* Nr. 11, S. 12).

Zuletzt hatten wir am 5. 10. 1976 *Debatten* (öffentliche oder vor der Mitgliedschaft beider Organisationen) zwischen TLD und Spartacusbund zur Angolafrage und der Haltung von Kommunisten zum kleinbürgerlichen Nationalismus" gefordert.

Bisher hatte der Spartacusbund unsere Vorschläge entweder mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt oder ignoriert. Eure Stellungnahme im ZO Nr. 32 sehen wir als erste formale Einwilligung zu solchen Diskussionen an. Wir hoffen jedoch, daß Euer dort abgedruckter Zusatz, unsere Aufforderung würde zu Debatten „auf einer relativ fruchtlosen Ebene" führen, nicht auf ein erneutes Zeichen Eurer Unernsthaftigkeit hinweist.

Im Sinne unseres Briefes vom 5.10. 1976 schlagen wir deswegen vor, um den Zeitpunkt der ersten Dezemberwoche in Berlin, Essen und Frankfurt Angoladebatten zu führen. Natürlich sind wir bereit, zusätzliche Vorschläge mit Euch zu diskutieren.

Mit kommunistischen Grüßen i. A. des ZK der TLD - Lenz

Antwort des Spartacusbundes

— Politisches Büro —

an das
Zentralkomitee
der TLD

Essen, 8.11.76

Werte Genossen,
mit Erstaunen haben wir Euren Brief vom 4.11. zur Kenntnis genommen, daß Ihr unsere von Euch zitierte Stellungnahme über unsere Bereitschaft zu offenen Diskussionen im Rahmen der von uns vorgeschlagenen Angola-Aktionseinehit *(sic!)* als „erste formale Einwilligung zu solchen Diskussionen an(seht)". Wie Euch eigentlich bekannt sein müßte, hatten wir unsere diesbezügliche Bereitschaft bereits auf den Essener Aktionseinheitsverhandlungen erklärt.

Wir halten es jedoch für notwendig nochmals zu betonen, daß unsere Diskussionsbereitschaft sich hierbei nicht auf die TLD beschränkt, sondern - wie Euch ebenfalls bekannt ist — sich auf alle Organisationen erstreckt, die im Bürgerkrieg auf Seiten der MPLA gestanden haben und von uns unserer Solidaritätskampagne mit den gefangenen Genossen in Angola zugeordnet wird. Es gibt für uns keinen Grund mit der TLD diesbezüglich besondere Beziehungen zu unterhalten - dies nur zur Klarstellung, weil Euer Brief an mehreren Stellen dies unserer Organisation unterzuschieben zu versuchen scheint.

Wie Ihr bereits unserem Zentralorgan entnehmen konntet, kritisieren wir an Eurem Brief vom 5. 10. v.a. die Tatsache, daß er sehr wenig konkretes über die Organisierung der AE aussagt. Weder enthält er konkrete Abänderungsvorschläge zu unserem Vorschlag für einen Aktinseinheitsaufruf *(sic),* noch enthält er einen Termin Vorschlag für ein weiteres AE-Treffen in Essen, den uns Euer mit den Veijandlungen *(sie.)* beauftragter Genosse versprochen hatte, nachdem er den ursprünglich geplanten Termin abgesagt hatte.

Wie wir jeodch *(sie.)* ebenfalls schon in Spartacus Nr. 32 ankündigten, wollen wir Euch unsere konkreten Vorschläge unterbreiten:

Wir führen in der Woche vom 22.-28.11, die geplante Ver- natsaltungsreihe *(sie.)* mit einem Gen. der GRS durch. Die Veranstaltungen finden am 22.11. in Berlin, am 23.11. in Ffm, am 25.11. in Essen und am 26.11. in Bremen statt. Wir sind prinzipiell noch immer berit *(sie.),* diese Diskussionsveranstaltungen mit Euch gemeinsam durchzuführen. Wir bestehen jedoch darauf, daß nur Organisationen, die im Bürgerkrieg die MPLA unterstützt haben, als Mitveranstalter akzeptiert werden können, zweitens, daß diese Veranstaltungen im Zusammenhang mit einer AE stehen. Wir fordern Euch deshalb auf, mit uns schnellstmöglich in Verhandlungen zu treten und telefonisch mit uns einen Termin zu vereinbaren.

Mit kommunistischen Gruß
(E.Lund, i.A. des PB)

Wieder und immer wieder zum Thema Aktionseinheit

An das
Politische Büro des Spartacusbundes

Berlin, den 24. November 1976

Genossen!
Ihr schreibt erstmals seit Entstehung Eurer Organisation in *Spartacus* Nr. 32: „Wir haben den Genossen der TLD unsere Bereitschaft zu offenen Diskussionen bereits erklärt." Dennoch lehnt Ihr diese offenen Diskussionen in Eurem Brief vom achten November unter dem Vorwand ab, offene Diskussionen mit der TLD wären nur „im Rahmen der von uns (dem Spartacusbund) vorgeschlagenen Angola-Aktionseinheit" möglich. In unserem Brief vom fünften Oktober haben wir Euch informiert, daß „die TLD ... sich nicht an einem Propagandablock beteiligen (wird), der den Zweck hat, angolanische Zentristen und Opportunisten einschließlich der MPLA-Linken zur ‚Arbeitervorhut' hochzustilisieren sowie die Verbrechen der MPLA vor ihrer Machtergreifung zu vertuschen".

Euer Täuschungsmanöver ist offensichtlich: in Eurem Zentralorgan posaunt Ihr Eure angebliche Bereitschaft zur offenen Diskussion hinaus, in einem Brief an die TLD serviert Ihr Euren alten Propagandablock und 4ehnt unser konkretes Diskussionsangebot vom vierten November, mit dem wir Euren Artikel beantworteten, ab. Zweck dieses Manövers ist die Verfälschung der Verhandlungen TLD/ Spartacusbund vor den Augen der interessierten Öffentlichkeit und Eurer eigenen Mitglieder.

Die in Eurem Brief vom achten November wiederholt erwähnte „Aktionseinheit" ist einfach nicht vorhanden. Die Absage Eurer Veranstaltung mit Quicuchi (mangels Blockpartner Quicuchi) am 22. November in Berlin zeigt praktisch, daß auch Ihr selbst diese Behauptung nicht mehr ernst nehmt: wäre am 22. November eine gemeinsame Aktion zur Rettung der gefangenen angolanischen Genossen geplant gewesen, hätte man sie ohne weiteres durchführen können, doch ein Propagandablock mit Quicuchi kann natürlich ohne Quicuchi nicht stattfinden.

Eine Aktionseinheit ist unmöglich ohne Aktion und kann sich nicht auf Veranstaltungen reduzieren. Eine Aktionseinheit findet auf der Basis einer oder mehrerer Aktionsparolen statt, die den *Zweck der Aktion* ausdrücken, und nicht auf der Basis von politischer Zustimmung zu einem politischen Gesamtkomplex (z. B. dem Bürgerkrieg in Angola), der nichts unmittelbar mit dem Zweck der Aktionseinheit zu tun hat. Dies würde den Sinn von Aktionseinheiten, die Schaffung einer gemeinsamen Front der Arbeiterbewegung gegen die Bourgeoisie für einen bestimmten, in einer oder mehreren Forderungen ausgedrückten Zweck (Durchführung einer Demonstration für die Befreiung der angolanischen Genossen), zunichte machen. Eine Aktionseinheit ist unmöglich ohne Freiheit der Propaganda.

Keine von diesen Bedingungen wird von Eurer Propagandainitiative erfüllt. Eure „Initiative" basiert auf einer gemeinsamen Position zum angolanischen Bürgerkrieg. Sie schließt Propagandafreiheit aus, weil sie Organisationen mit einer anderen Position zum Bürgerkrieg von vornherein ausschließt. Außerdem hat der Spartacusbund, trotz gegenteiliger Versprechungen, bisher *keine* Aktionen vorgeschlagen, sondern Propagandaveranstaltungen auf der Grundlage des obengenannten gemeinsamen Verständnisses des angolanischen Bürgerkrieges. Das gesamte Herangehen des Spartacusbundes an diese Frage zeigt, daß ihm an einer *Aktionseinheit* für die Befreiung der gefangenen angolanischen Genossen sehr wenig, an der Stillung seines opportunistischen Appetits für einen Block mit Quicuchi und der GRS aber sehr viel mehr gelegen ist. Dieselbe antileninistische „Methode" steckt in der, für den nationalbornierten Spartacusbund notwendigen, internationalen Initiative: Mit seinen internationalen Blockpartnern verbindet ihn nicht prinzipielle programmatische Übereinstimmung, sondern opportunistische organisatorische Gelüste.

Die TLD hat *keine* gemeinsame Position zum Bürgerkrieg in Angola mit dem Spartacusbund. Wir standen nicht „im *Bürgerkrieg* auf Seiten der MPLA" (Brief des Spartacusbundes vom achten November, unsere Hervorhebung). Im *Bürgerkrieg* zwischen MPLA, UNITA und FNLA — drei bürgerlich-nationalistischen Organisationen mit qualitativ identischen Programmen - nahmen wir die Position des revolutionären Defätismus auf allen Seiten ein.

Nur nachdem die massive *Intervention* Südafrikas den Charakter des Krieges als Bürgerkrieg zwischen nationalistischen „Befreiungsbewegungen" der Frage des Kampfes gegen die imperialistische Intervention untergeordnet hat, haben wir die Kräfte militärisch unterstützt, die gegen die US-unterstützte südafrikanische Intervention kämpften. Der Spartacusbund müßte uns deshalb selber von seinem Propagandablock ausschließen, wenn er eine Spur von Konsequenz im eigenen Antileninismus besäße. Daß auch eine solche Ernsthaftigkeit nicht zu erwarten ist, ist aus der Tatsache zu folgern, daß zur Berliner Vorbesprechung am 15. November (wo die TLD - wie üblich - als einzige

Organisation interveniert hat) auch „Amnesty International" eingeladen war, die selbstverständlich nicht „im Bürgerkrieg auf Seiten der MPLA gestanden" hat.

Der Propagandablock-Charakter dieser Veranstaltungsreihe zwischen Spartacusbund und einem angolanischen Opportunisten (der nach eigenen Angaben monatelang mit der bürgerlichen MPLA verhandelt hat, ob die FAPLA/ MPLA nicht die „Volksmilizen" bewaffnen und *ausbilden* könnte — soviel für die politische und organisatorische Unabhängigkeit der GRS von der MPLA) tritt in *Spartacus* Nr. 32 in besonders widerlicher Form zutage. Der Spartacusbund schreibt: „Genausowenig wie wir mit bürgerlichen Reaktionären eine Aktionseinheit gegen die politische Unterdrückung in Osteuropa eingehen werden, genauso wenig werden wir gemeinsam mit KBW und anderen ML-Sekten eine Kampagne gegen die MPLA machen." Dieser Vergleich kann nur ernst gemeint werden, wenn der Spartacusbund den KBW mit CDU oder NPD, und das MPLA-Regime mit einem deformierten Arbeiterstaat gleichsetzt. Ist es die Position des Spartacusbundes, daß der KBW jetzt zur rechtsbürgerlichen Propagandagruppe, und Angola auf „kaltem Wege" zum deformierten Arbeiterstaat geworden ist (wie einst Livio Maitan von Ägypten glaubte)? Der Spartacusbund weiß nicht nur nicht, was eine Aktionseinheit ist, sondern er verkennt die *Klassenlinie* und arbeitet dem arbeiterfeindlichen MPLA-Regime in die Hände!

Das Sektierertum dieser Vorstellung von „Aktionseinheit" wird daraus deutlich, daß sie eine Aktionseinheit mit Vertretern der VS-Minderheit zur Verteidigung der Gefangenen der Arbeiterbewegung in Angola ausschließt. Die SWP hat — auch während der südafrikanischen Invasion — keine Position für die militärische Unterstützung der MPLA/ Kubaner eingenommen. Nichtsdestoweniger hat die reformistische SWP (nach ihrer Kapitulation vor der liberalen öffentlichen Meinung in der Frage des Krieges) in gutsozialdemokratischer Manier Stellung gegen die Unterdrückung der Arbeiterbewegung in Angola bezogen. Unter den Parolen „Freiheit für alle Gefangenen der Arbeiterbewegung in Angola! Freiheit für alle Opfer des reaktionären Terrors der bürgerlich-nationalistischen MPLA- Regierung!" würden wir ebenso gern mit der SWP wie mit dem Spartacusbund demonstrieren und ihren liberalen Abstentionismus in der Frage der imperialistischen Intervention wie Eure Kapitulation vor der MPLA entlarven. Da der Spartacusbund Aktionseinheiten als *Propagandaeinheiten* auffaßt, schließt er sektiererisch Organisationen aus, die eine andere Propaganda machen könnten. Diese Position erinnert fatal an die Haltung der KPD in der „dritten Periode": „Nur wer damals auf Seiten der Arbeiterklasse stand, ... hat heute das Recht, diesen Kampf zur Verteidigung der Existenz einer unabhängigen Arbeiterbewegung weiterzuführen" (*Spartacus* Nr. 32). Die Ablehnung von Aktionseinheiten mit der Sozialdemokratie durch, die KPD (z. B. mit der Rechtfertigung der Rolle der Sozialdemokratie beim Blutmai 1929) enthält grundsätzlich die gleiche Methodik wie die Ablehnung von Aktionseinheiten mit ML- Gruppen durch den Spartacusbund. Für Revolutionäre ist die Aktionseinheit ein vortrefflicher Hebel, politische Differenzierungen in feindlichen Organisationen voranzutreiben, indem sie in der Konfrontation bei gemeinsamen Aktionen das revolutionäre Programm an die Basis reformistischer und zentristischer Organisationen herantragen.

Die Ablehnung von Aktionseinheiten mit „ML"-Gruppen ist offensichtlich ein Produkt Eurer immer deutlicher werdenden Nachtrabgelüste hinter dem reformistischen KB, der die Zugehörigkeit der Rechtsmaoisten zur Arbeiterbewegung leugnet - mit Trotzkismus hat sie nichts Gemeinsames.

Der Wunsch, Genossen Quicuchi nicht vor den Kopf zu stoßen, der die MPLA als „inkonsequent, gemessen an den Aufgaben einer revolutionär-proletarischen Partei" (proletarisch-zentristisch wie die Komintern vor 1933?) mag auch hier eine Rolle spielen.

Die Trotzkistische Liga Deutschlands hat kein Interesse daran, diese sektiererisch-opportunistische Politik mitzutragen. Wir haben auch kein Interesse an „Verbesserungen" oder „Verschönerungen" an dem Propagandablock des Spartacusbundes, der mit dem Aufruf im *Spartacus* Nr. 31 eingeleitet wurde, und der nichts mit einer Aktionseinheit gemeinsam hat. Wir werden selbstverständlich bei den GRS/ Spartacusbund-Veranstaltungen intervenieren, um den Anspruch beider Organisationen zu entlarven, den revolutionären Trotzkismus in irgendeiner Weise zu verkörpern.

Wir erinnern Euch an Eure hochtrabende Erklärung in *Spartacus* Nr. 32, Ihr würdet die TLD „mit konkreten Vorschlägen zur Organisierung der Aktionseinheit konfrontieren", und fordern Euch auf, Eure eigenen öffentlichen Erklärungen ernst zu nehmen, und uns nunmehr nach Ablauf von nahezu einem Monat seit der ersten Aktionseinheitsbesprechung endlich mit „konkreten Vorschlägen" für eine Aktionseinheit zu „konfrontieren". Wir können nur zum wiederholten Mal unser lebhaftes Interesse an solidarischen *Aktionen* für die Freilassung von gefangenen Genossen und anderen Opfern des reaktionären, weißen MPLA-Terrors ausdrücken: Vorschläge, die vom Spartacusbund nie aufgegriffen worden sind. Desgleichen fordern wir Euch auf, Eure öffentlich erklärte Bereitschaft zu Diskussionen mit der TLD wahr zu machen. Unsere seit der Entstehung Eurer Organisation aufrechterhaltene Aufforderung zu Debatten können wir nur nochmals bekräftigen: zu zentralen Themen revolutionärer Politik wie Angola, Portugal, die Nahostfrage, Gewerkschaftsarbeit, das Übergangsprogramm, die Vierte Internationale. Wenn der Spartacusbund ernsthaft wäre, müßte er die Möglichkeit begrüßen, vor seiner schon lange angekündigten VI. Bundeskonferenz eine energische öffentliche Debatte mit der TLD/iST zu führen. Wie es in der von der TLD entworfenen und von Euch unterschriebenen „Erklärung zur Verteidigung der Arbeiterdemokratie" vom 18. November 1975 heißt: „Nur die Konfrontation von gegnerischen politischen Positionen in ernsthaften Debatten gewährleistet, daß die korrekte politische Position verbreitet wird."

- VORWÄRTS ZUR WIEDERGEBURT DER VIERTEN INTERNATIONALE

(F. Behr)
i. A. des Zentralkomitees der
Trotzkistischen Liga Deutschlands

Fortsetzung von Seite 24
gegen die Übernahme der Bundessatzung mit der Begründung, daß dies die praktische Auflösung des Landesverbandes (wozu eine Dreiviertelmehrheit notwendig ist) bedeuten würde. Das Gericht gab ihrer Klage statt. Die nationale GEW-Führung drohte daraufhin, den gesamten Landesverband auszuschließen, wenn die Bundessatzung nicht mit der erforderlichen Dreiviertelmehrheit angenommen würde. Am 25. August dieses Jahres kam auf der Berliner Landesvertreterversammlung jedoch keine Dreiviertelmehrheit zustande; Frister „kündigte" dem Landesverband, richtete in Berliner DGB-Haus ein Büro für eine neue Spalter-„GEW im DGB" ein und warb eifrig Mitglieder für den Konkurrenzverband, bis ihm ein Gericht die Werbung für die neue Organisation untersagte.

Was veranlaßte den GEW-Bundesvorstand zu seinem Spaltungsversuch? Welche Haltung nehmen Kommunisten zur Frage der Übernahme der Bundessatzung ein? In der GEW sind viele Ex-Apo-Anhänger organisiert, und besonders Berlin als einstige Hochburg der „Neuen Linken" gilt als schwarzes (rotes) Schaf der GEW. Viele der Berliner GEW-Lehrer, die Mitte/Ende der sechziger Jahre als vermeintliche Revolutionäre an den Universitäten gegen den „autoritären Staat" rebellierten, und die heute ihre Berufsperspektive nicht als Revolutionäre im unversöhnlichen Kampf gegen die Bourgeoisie sehen, setzen auf ein kleinbürgerliches „revolutionäres" Berufspraktikum. Sie glauben, das Angenehme, eine gesicherte Existenz, mit dem Nützlichen, einem Kampf gegen den Staat im Rahmen seiner Institutionen, verbinden zu können. Dabei verfügen viele in der Berliner GEW organisierte Lehrer über ein militantes (nur-)gewerkschaftliches Bewußtsein, mit der sie der antikommunistischen Gewerkschaftsführung und ihren Unvereinbarkeitsbeschlüssen — im begrenzten Maße — entgegentreten. Diese unbequeme Hochburg der ehemaligen „Neuen Linken" in der GEW zu zerstören, war seit langem das erklärte Ziel des GEW-Bundesvorstandes. In seinem Bemühen, jede Opposition gegen Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu unterdrücken, die Gewerkschaftsbewegung mit fester Hand zu kontrollieren, schreckte der Bundesvorstand sogar vor dem Ausschluß der ca. 13 000 Mitglieder umfassenden Berliner GEW nicht zurück! Die Spalter sind nicht, wie die Berliner Vorsitzende Kujawa heuchelt, jene Gewerkschafter, die bereit sind, gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu kämpfen. Trotz Fristers Gerede über die Schaffung starker Einheitsgewerkschaften wird deutlich, *wer* spalten will: Frister und dem Bundesvorstand geht es um eine stärkere Bindung der Gewerkschaften an den Staat, um die Bildung einer von allen oppositionellen Tendenzen gesäuberten sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaft, und sei es um den Preis des Ausschlusses eines ganzen Landesverbandes.

Am 25. August gab es für Kommunisten — wie in den vorangegangenen Abstimmungen — nur eine Möglichkeit: gegen die Übernahme der Bundessatzung mit „Nein" zu stimmen. Ein „Nein" nicht deswegen, weil wir als Kommunisten etwa eine föderalistische Struktur der Gewerkschaften befürworten, oder weil wir die alte GEW-Satzung für „basisdemokratisch" hielten. Unser „Nein" richtet sich gegen den Kernpunkt der Bundessatzung, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse!

Im Kampf gegen diese Antikommunistenklausel darf es keine Kompromisse geben, wie sie etwa im *Schöneberger Antrag* enthalten sind. Abgesehen von der demagogischen Aussage, daß man erst, wenn sich der Bundesvorstand nicht zur Annahme bereit erkläre, wissen würde, daß es „Frister nicht um eine starke, sondern um eine ruhige GEW Berlin" geht, ist dieser Antrag von seiner Intention her ein Versöhnungsmanöver, ein Puffer für den Unmut der Berliner Mitgliedschaft, der den wesentlichen Punkt umgeht: die Unvereinbarkeitsbeschlüsse! Die Hamburger Kollegen, die sich auf einen ähnlichen Kompromiß eingelassen hatten, erhielten schon drei Tage später ihren Dank: 15 Kollegen wurden ausgeschlossen!

Vor der Abstimmung über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse (Bundessatzung) wurde ein Schwall von Drohungen gegen die „Linken" losgelassen; die Gefahr einer Isolierung von der gewerkschaftlichen Massenorganisation durch einen bürokratischen Ausschluß war offensichtlich. Dennoch mußte die — wenn auch knappe — Ablehnung der Bundessatzung als eine Kampfansage gegen die schon im Sommer 1974 geplanten Spaltungsversuche mit der „Initiative für eine demokratische GEW" und endlich mit der Gründung der „GEW im DGB" betrachtet werden. Dem Bundesvorstand ist selbstverständlich eine kommunistenreine sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft erheblich lieber, als eine kampfstarke Einheitsorganisation der Arbeiter und anderen Lohnabhängigen. Ein erfolgreicher Ausschluß der GEW Berlin würde eine *numerische Schwächung* der Gewerkschaft zur Folge haben. Doch viel schlimmer wäre eine *politische Schwächung* der Gewerkschaft durch die Aufgabe aller Grundsätze der Klassensolidarität zugunsten eines Kniefalls vor der Bourgeoisie.

Kommunisten werden nicht immer auf der Seite der Masse der Arbeiter stehen können. Als fortgeschrittenster Teil der Arbeiterbewegung werden sie oftmals isoliert sein müssen, um später, aufgrund ihrer prinzipienfesten Haltung, wieder Einfluß gewinnen zu können. Revolutionäre Taktik beinhaltet weder Opportunismus noch Sektierertum. Wir werden Gewerkschaftsausschlüsse niemals provozieren, wir werden mit Lenin durchaus „alle möglichen Schliche, Listen und illegalen Methoden anwenden, die Wahrheit verschweigen und verheimlichen, nur um in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten" *{Der linke Radikalismus*). Aber um kommunistische Arbeit leisten zu können, dürfen Kommunisten sich nicht diskreditieren, indem sie die Klassenlinie überschreiten (etwa durch „taktisches" Stimmen *für* die Annahme der Bundessatzung).

Weder vor noch nach der „Kündigung der GEW Berlin" hätte eine Gewerkschaftsfraktion der Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD) der „linken" Berliner Führung Vertrauen geschenkt. Die „kämpferische" Rhetorik dieser „linken" Gewerkschaftsführung gegen die Berufsverbote und in ruhigeren Zeiten auch gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ändert nichts an der Tatsache, daß die Kujawa-Führung nur eine andere Variante klassenkollaborationistischer Politik betreibt und in entscheidenden Situationen mit dem Bundesvorstand paktiert (so unterstützt Kujawa das heimliche Werben für den immer noch geplanten Spalterverband). Gegen die Säuberung und Spaltung der GEW würde eine TLD-Gewerkschaftsfraktion mit allen Gewerkschaftsmitgliedern kämpfen, die bereit sind, der antikommunistischen Ausschlußpolitik entgegenzutreten. In allen DGB-Gewerkschaften würde sie gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und für die Rücknahme der „Kündigung" der GEW Berlin kämpfen.

Gegen jede Intervention des bürgerlichen Staates in die Angelegenheiten der Arbeiterbewegung

Die Einschaltung des Westberliner Verwaltungsgerichts in den Kampf gegen den Bundesvorstand wurde zunächst

von fast allen Organisationen entweder positiv kommentiert oder ignoriert. Trotzkisten werden dagegen niemals das bürgerliche Gericht bei Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung einschalten. Das freiwillige Einbeziehen eines Instrumentes des Klassenfeindes in die Angelegenheiten der Arbeiterbewegung ermuntert diesen zu weiterem Eingreifen, verstärkt die Integration der Gewerkschaften in den bürgerlichen Staat (oder führt unter Umständen zur Zerstörung einzelner Gewerkschaften). Die unkritische (oder auch „kritische") Unterstützung des gerichtlichen Vorgehens gegen die Bundes- GEW-Führung durch die meisten vorgeblich revolutionären Organisationen zeugt von ihrer Kapitulation vor dem bürgerlichen Staat, ihrer Unfähigkeit zu einer revolutionären Alternative.

Wenn das Gericht in diesem Fall zugunsten der Berliner Opposition gegen die Bundessatzung entschieden hat, dann sicher nicht deswegen, weil es ein „unabhängiger Schiedsrichter" ist, sondern weil der Bundesvorstand angesichts einer militanten Opposition zu offensichtlich gegen die *eigene Satzung* (nach der Landesverbände überhaupt nicht ausgeschlossen werden können) verstoßen und heute schon so hart durchgegriffen hat. Das Gericht bleibt ein Werkzeug des bürgerlichen Staates. Es gibt keine klassenneutrale Gerichtsbarkeit. Das Eingreifen des Gerichtes verlagert die Ebene des Kampfes aus der Arbeiterbewegung selbst heraus und liefert zudem der Gewerkschaftsbürokratie ein gutes Argument gegen ihre „linken" Opponenten.

Ein kürzlich ergangenes Urteil des 15. Zivilsenats des Kammergerichts Berlin gegen die IG Druck und Papier beweist eindringlich, was die Arbeiterbewegung *im Alltag* von der Justiz der Bourgeoisie zu erwarten hat. Die IG Druck und Papier hatte drei leitende Angestellte ausgeschlossen, nachdem diese sich im Druckerstreik 1973 als Streikbrecher betätigt hatten. Das bürgerliche Gericht erklärte den Ausschluß der Streikbrecher für unwirksam (!) und stellte zusätzlich fest, daß der Streik am 9. April 1973 „rechtswidrig" gewesen wäre, da er auf die Verhinderung des Erscheinens der Zeitungen am 10. April gezielt und somit nicht unmittelbar gegen den Tarifpartner gerichtet gewesen sei!

Gegen Opportunismus und Sektierertum!

Alle vorgeblich revolutionären Organisationen haben in der Auseinandersetzung über die Übernahme der Bundessatzung ihre kapitulantenhafte Politik demonstriert. Besonders hervorgetan haben sich dabei die SEW und die KPD. Die SEW unterstützte, um die Gewerkschaft von den „Chaoten" zu säubern, sowie aus der Hoffnung heraus, durch diesen Schritt ihre „Verläßlichkeit" beweisen zu können und selbst vor Ausschlüssen geschützt zu sein, die Übernahme der Bundessatzung. Sie änderte ihre Position auch nicht, als Frister bekanntgab, daß auch die Mitglieder des der SEW nahestehenden, vor eineinhalb Jahren freiwillig aufgelösten „Sozialistischen Lehrerbundes" nicht in die Spalter-„GEW im DGB" aufgenommen würden.

Der „Bund Sozialistischer Lehrer und Erzieher (BSLE)", eine Frontorganisation der KPD, sieht schon viel gewonnen, wenn die „sozialfaschistische SEW-Führung" entlarvt werden kann und nimmt Kurs auf eine Neuauflage der RGO. Sicher ist, daß eine neue „rote" Gewerkschaft unter dem Einfluß der KPD keineswegs auf den Prinzipien der Arbeiterdemokratie basieren würde, sondern selbst nur eine bürokratische, isolierte Sekte wäre.

Der KBW sprach sich zwar gegen die Intervention des bürgerlichen Staates aus, beschränkte seine Perspektive aber darauf, sich auf die Bundesvertreterversammlung (dessen Vertreter zu einem nicht unerheblichen Teil nicht gewählt, sondern von den Bürokraten *eingesetzt* werden) zu konzentrieren, um dort den „Meinungskampf' zu führen. Konkrete rühmliche Ergebnisse hat seine Politik in der GEW schon früher gezeitigt, *als mit Stimmen des KBW* im Herbst 1974 die Wiedervereinigung des Bremer Landesverbandes mit einer reaktionären Abspaltung auf der Grundlage der Anerkennung der Mainzer Bundessatzung und damit der Unvereinbarkeitsbeschlüsse durchgeführt wurde!

Der KB gehört mit zu den eifrigsten Protagonisten des Eingreifens des bürgerlichen Gerichts und wirft dem KBW vor, mit seiner Gegenposition „der Klägergruppe in den Rücken zu fallen" *{Arbeiterkampf* Nr. 88, 9. September), während das Sozialistische Büro (SB) direkt hinter den Initiatoren des Gerichtsverfahren stehen dürfte.

Auch die GIM hat zu Anfang nur positiv, ohne jede Kritik, über die Bildung einer „Initiative, die eine Feststellungsklage anstrebt" *(was tun* Nr. 122, 2. September) berichtet. Zu dieser Zeit nahm das Zentralkomitee der TLD folgenden Antrag an:

> „Sollte die GIM ihre Billigung eines gerichtlichen Vorgehens gegen die GEW-Führung in der Zeit ihrer Wahlkampagne stark betonen oder gar in den Mittelpunkt dieser stellen, so würde eine Stimmabgabe für die GIM auch nicht mehr die minimalen Anforderungen der Klassenselbständigkeit beinhalten. Die TLD müßte folglich ihre kritische Wahlunterstützung für die GIM zurückziehen."

Noch in der *was tun* Nr. 123 (9. September) schrieb die GIM, daß man angesichts eines starken Landesverbandes „auch rechtlich gegen den Rausschmiß vorgehen" kann. Eine Woche später ließ die GIM schließlich verlauten, daß „ein Erfolg vor Gericht ... noch kein Sieg im Kampf sei und sprach sich gegen die Intervention bürgerlicher Gerichte aus, ließ sich dabei jedoch Hintertürchen offen: „Wenn Frister nach dem Ausschluß der GEW auch noch deren Kasse unterschlägt, ist es diskutabel, das Gericht anzurufen; wie überhaupt der zweite Fall (Anrufung des Gerichts gegen den verfügten DGB-Ausschluß einige Aspekte hat, wo eine Anrufung des Gerichts diskutabel erscheint" (ebenda). Ebenfalls für gerechtfertigt hält es die GIM, die Polizei einzuschalten, wenn „eine obskure linke Sekte unser Büro überfallen und die Einrichtung klauen" (ebenda) würde. Darauf folgt ein Vergleich mit der Übergabe des Mörders Trotzkis an die Polizei. Er ist willkürlich und falsch. Im Falle der Ermordung eines Genossen ist es schon aus Verantwortung für die eigene Organisation notwendig, die Polizei einzuschalten, denn wir leben leider immer noch in einem bürgerlichen Staat. Einem Überfall auf das Büro aber freiwillig einen Polizeiüberfall folgen zu lassen, bezeugt mangelnde Seriosität der GIM, ihre Unfähigkeit, sich selber zu schützen, und Illusionen in den Staat als neutralen Schiedsrichter. Hinzufügen muß man noch, daß für die GIM die Polizei, diese bewaffnete Bande des Kapitals, ein Bestandteil der Arbeiterbewegung ist (vgl. *was tun* Nr. 131, 4. November).

Deutlich macht die GIM auch, daß sie nicht für, sondern *gegen* Arbeiterdemokratie arbeitet. In einem Bericht über die Landesvertreterversammlung vom 29. September beschwert sich die GIM unter der Überschrift „KPD/RF arbeitet mit Fäusten" darüber, daß Unterstützer der KPD es sich nicht bieten ließen, gewaltlos ihre Transparente den „fortschrittlichen Genossen vom Koordinationsausschuß" zu überlassen. Genossen der GIM, diesmal hätten wir nicht auf Eurer Seite gestanden, wie bei der Verteidigung Eurer

China-Veranstaltung im November letzten Jahres.

Die Strategie der GIM gegen die GEW-Spaltung ist perspektivlos. Schon früher hatte sie ihre Aufgabe in der GEW als die einer linken „pressure group" definiert:

> „Die Notwendigkeit einer linken Tendenz in der Gewerkschaft mit dem aktuellen Ziel der Verhinderung einer sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaft ist wichtiger denn je.
> Hier muß Druck ausgeübt werden auf die Genossen von der DKP, daß sie — angesichts der eigenen Bedrohung — ihre Politik der Deckung der Bürokratie aufgeben" (*was tun* Nr. 71, 5. März 1975).

Die Arbeit der GIM zielt nicht auf die Eroberung der Gewerkschaften durch eine trotzkistische Gewerkschaftsfraktion ab, sondern auf eine möglichst erfolgreiche Blockpolitik. Sie stimmt in das Gejammer der ganzen linken Familie mit ein, daß doch um Gottes Willen die bisherige „vorhandene Basisdemokratie" (*was tun* Nr. 132, 11. Nov.), die „basisdemokratischen Strukturen" (?!) vor ihrer Zerstörung bewahrt werden müßten. Ihr Programm reduziert sie auf demokratische Forderungen. Die Macht in den Gewerkschaften soll erobert werden durch ... ein Wundertier namens „Koordinationsausschuß", einen Block aus linken Sozialdemokraten des SB, „kritischen" Maostalinisten des KB, „Unabhängigen" und der pseudotrotzkistischen GIM. Daß dieser Block „für Demokratie" vor allem von Initiatoren und Befürwortern der Intervention des bürgerlichen Staates in den GEW-Streit getragen wird, zeugt von der bankrotten politischen Basis dieser „Bewegung"! Wie in besten Apo-Zeiten erhofft sie sich hier den „Zusammenschluß aller Linken". Und zuguterletzt „kann aus Hasser Struktur eine Alternative entstehen, die gegen den gewerkschaftsschädigenden jetzigen Vorstand antritt und ihn zum Rücktritt durch ein Mißtrauensvotum zwingt, *und dann selbst bereit ist, den Vorstand zu bilden*" (ebenda, Hervorhebung von uns). Die GIM versteckt sich in ihrer „klassenkämpferischen Tendenz", dem Propagandablock „Koordinationsausschuß". Sie wagt es nicht, Verantwortung zu übernehmen, sie will und kann keine alternative Führung darstellen. Die Gewerkschaftspolitik der GIM unterscheidet sich nicht vom Opportunismus der anderen vorgeblich revolutionären Organisationen.

Für eine kommunistische Gewerkschaftsfraktion in der GEW

Keine der vorgeblich revolutionären Organisationen, die in der GEW arbeiten, ist in der Lage, für Arbeiterdemokratie in der Gewerkschaft zu kämpfen, schon aus dem einfachen Grund, daß keine von ihnen Arbeiterdemokratie praktiziert. Ein Rest-GEW-Verband Berlin wäre mit Sicherheit nicht um einen Funken demokratischer als die Spalter- GEW und würde sich durch bürokratische Cliquenkämpfe selbst zerreiben. Keine dieser Organisationen kann auch für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat eintreten, denn all ihre Programme spiegeln den Einfluß der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung wider.

Der Kampf für die Unabhängigkeit der Gewerkschaft vom bürgerlichen Staat kann nur unter der Führung einer revolutionären Gewerkschaftsfraktion erfolgreich sein. Diese Fraktion wird sich nicht in Propagandablöcken verstecken, sondern als Organ der Partei in der Gewerkschaft arbeiten. Sie wird auf der Grundlage des trotzkistischen Übergangsprogramms den Kampf für eine revolutionäre Klassenführung aufnehmen. Trotzki hat die Funktion von Gewerkschaften und die Aufgaben der Kommunisten folgendermaßen zusammengefaßt:

> „... die Gewerkschaften können in der gegenwärtigen Epoche nicht einfach Organe der Demokratie sein, wie sie es in der Epoche des Konkurrenzkapitalismus waren, und nicht länger politisch neutral bleiben, d.h. sich darauf beschränken, den alltäglichen Bedürfnissen der Arbeiterklasse zu dienen... Sie können nicht länger reformistisch sein, denn die objektiven Bedingungen lassen keinen Raum für irgendwelche ernsthaften und dauernden Reformen. Die Gewerkschaften unserer Zeit können entweder nur als sekundäre Instrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um ihm die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern, oder sie können im Gegensatz dazu Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden...
> Es ist eine Tatsache, daß die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in einem Klassensinn, in ihren Beziehungen zum bürgerlichen Staat, unter den gegenwärtigen Bedingungen nur durch eine vollständig revolutionäre Führung, d.h. durch die Führung der IV. Internationale, gesichert werden kann ... ohne die politische Führung der IV. Internationale ist die Unabhängigkeit der Gewerkschaften unmöglich" („Trade Unions in the Epoch of Imperialist Decay", in L. Trotsky: *On the Trade Unions).*

Der Kampf gegen Gewerkschaftsausschlüsse und Antikommunistenklauseln, gegen den Einfluß der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung und gegen den Einfluß ihrer Agentur, die Gewerkschaftsbürokratie, kann nicht von diesem Kampf für eine revolutionäre Gewerkschaftsfraktion getrennt werden. Die Gewerkschaften dürfen nicht Instrumente zur Knebelung der Arbeiterkämpfe sein, sondern sie müssen, wie Trotzki es gesagt hat, zu Instrumenten der revolutionären Arbeiterbewegung werden.

— Kampf den Spaltungsversuchen der GEW Berlin!
— Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!
— Für das Recht auf Fraktionsbildung für alle Bestandteile der Arbeiterbewegung in den Gewerkschaften!
- Für Arbeiterdemokratie in der Gewerkschaft!
- Für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat!
- Für eine Arbeiterregierung!

25. November

Kommunistische Korrespondenz



GEW: Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Die kürzlich abgehaltenen Bundestagswahlen spiegeln den allgemeinen Rechtstrend in der BRD und Westberlin wider. Mit einem Schwall chauvinistischer Rhetorik hat sich die SPD/FDP-Regierung zu den Wahlen als getreue Sachwalterin der Interessen der Bourgeoisie präsentiert. Ihr „Modell Deutschland" ist eine Bilanz von bisherigen und potentiellen weiteren Angriffen auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse und einer Serie von gesetzlichen Maßnahmen zur Stärkung des Repressionsapparates der Bourgeoisie. In diesem Rahmen haben die Berufsverbote einen wichtigen, ihren festen Platz.

Auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie trägt ihr Teil bei zur „inneren Sicherheit" der herrschenden Klasse, zur effektiveren Bindung der Arbeiterbewegung an den bürgerlichen Staat. Die DGB-Führung versucht, die bisherigen (eh' schon sozialdemokratisch dominierten) „Einheitsgewerkschaften" in lupenreine Richtungsgewerkschaften zu verwandeln. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse (das gewerkschaftliche Pendant zu den vom bürgerlichen Staat erteilten Berufsverboten) sind hierbei ihr wichtigstes Instrument. Vorreiter bei den immer größere Ausmaße annehmenden Säuberungen im gewerkschaftlichen Bereich ist die GEW-Führung unter Erich Frister, dem wiederum besonders der Berliner Landesverband ein Dorn im Auge ist.

Seit Anfang März 1975 bemüht sich die GEW- Bürokratie, in allen Landesverbänden die neue Bundessatzung (Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Machtverlagerung von den Landesverbänden zum Bundesvorstand) durchzudrücken. In Berlin gelang dies Frister und Co. erst beim zweiten Anlauf. Am vierten September letzten Jahres wurde die Bundessatzung unter massiven Ausschlußdrohungen gegen alle, die sich den Unvereinbarkeitsbeschlüssen widersetzten, mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Daraufhin gingen mehrere Berliner GEW-Mitglieder vor Gericht und klagten gegen

Fortgesetzt auf Seite 21

Sofortige Wiedereinbürgerung von Wolf Biermann!

Die DDR-Bürokratie hat Wolf Biermanns Auftritt in der Kölner Sporthalle zum Vorwand genommen, ihn nicht mehr in die DDR einreisen zu lassen. Die Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD) protestiert schärfstens gegen diese Maßnahme der Ostberliner Bürokratenclique, sich eines unbequemen Kritikers zu entledigen, und fordert die sofortige Wiedereinbürgerung Wolf Biermanns.

Unsere Solidarität mit W. Biermann hält uns jedoch nicht davon ab, ihn als denjenigen zu charakterisieren, der er ist. Biermann, seit 11 Jahren mit Auftritts- und Publikationsverbot in der DDR belegt, ist ein konfuser liberaler Stalinist, der letztendlich die Grundlagen des „Sozialismus in einem halben Land" akzeptiert. Er ist nicht jener große Revolutionär, zu dem die GIM ihn hochstilisiert. Biermann kämpft nicht, weder mit „Knarre" noch „Gitarre" für die gewaltsame proletarische politische Revolution zum Sturz der ostdeutschen Bürokratie. Im Gegenteil, nachträglich begrüßt er, wenn auch „mit Tränen in den Augen", die Zerschlagung des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 durch russische Panzer. Er appelliert an die Bürokratie, sich selbst zu reformieren. In diesem Rahmen, und angesichts der über ein Jahrzehnt lang erfolgten Unterdrückung durch Ulbricht, Honecker und Konsorten, betätigt er sich als subjektiv revolutionärer Kritiker. Sollte Biermann im Westen bleiben müssen, was wir nicht hoffen, dann dürfte er noch stärker als bisher dem „Eurokommunismus", „wie er unter Italiens Sonne blüht", dem „historischen Kompromiß" mit der Bourgeoisie, der Volksfront, das Wort reden.

Ungeachtet unserer konkreten Solidarität mit Biermann müssen wir jedoch gleichzeitig die DDR gegen jede antikommunistische Hetze, die auf die Unterminierung der proletarischen Grundlagen des deformierten Arbeiterstaates DDR abzielt, verteidigen.

— Sofortige Wiedereinbürgerung Wolf Biermanns!
— Sofortige Freilassung aller im Zusammenhang mit Biermann in der DDR verhafteten Schriftsteller und Intellektuellen!
— Für die bedingungslose Verteidigung der DDR gegenüber dem Imperialismus!
— Für die politische Revolution zum Sturz der parasitären Bürokratencliquen in der DDR und allen anderen deformierten bzw. degenerierten Arbeiterstaaten!

Berlin, den 24. November